

ZLTSCHRIFT FÜR DEUTSCH-POLNISCHE VERSTÄNDIGUNG

POLEN und wir

Nr. 3/2008 - K 6045 - 3 EUR



In memoriam Irena Sendler

S. 3-4

Wenn ein Deutscher zum Polentum konvertiert

S. 15-18

Tagung: Polen an der Schwelle zur Fünften Republik?

S. 19-24

Liebe Leserin, lieber Leser!

In memoriam Irena Sendler - lesen Sie in dieser Ausgabe über die tapfere und mutige Frau, die 2500 Kinder vor dem Holocaust gerettet hat!

„Polen an der Schwelle zur Fünften Republik?“ Dieser Frage widmete sich die Tagung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD am 7. Juni 2008 in Berlin. Die aktuelle Situation in Polen, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Perspektiven für Polen, Deutschland und Europa standen im Mittelpunkt der Diskussionen und Vorträge, die nicht immer die Meinung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft teilten. Der Tagungsbericht und die Auszüge aus den einzelnen Referaten namhafter Wissenschaftler aus Polen und Deutschland verdeutlichen die Unterschiede und genauen Inhalte.

Weitere aktuelle sowie für die momentane deutsch-polnische Situation erklärende historisch politische Ereignisse geben Anlass, in dieser Ausgabe darüber zu berichten. „Wir wollen keine Schilder und keine Kriege, wir wollen Frieden!“, solche Parolen sind von denen zu hören, welche Stimmen das Nein zum Raketenschild in Polen erheben. Beobachter meinen, die Linke in Polen hätte ihr Pulver verschossen und müsste sich neu erfinden, Holger Politt aus Polen berichtet über die Hintergründe dieser Behauptung. Ein Beitrag von Christoph Koch informiert über das Ergebnis des an den deutschen Bundestag gerichteten Appells der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD. Wenn ein Deutscher zum Polentum konvertiert, ist das mitunter auch ein Anlass, über die Beweggründe und Erfahrungen zu berichten. Lesen Sie im Interview (Teil 1) mit dem bekannten Dramatiker, Regisseur und Übersetzer Peter-Piotr Lachmann, wann Zweisprachigkeit ein Vor- oder Nachteil sein kann.

Angesichts eines möglichen neuen Rüstungswettlaufs sei in dieser Ausgabe an eine politische Initiative, den Rapacki-Plan, erinnert, die mit kühnen Plänen die Rüstungsspirale des Kalten Krieges zurückdrehen wollte. Auch die Kriegsgefangenen-Zeitung „Die Brücke“ hat für die deutsch-polnische Aussöhnung und gute Nachbarschaft scheinbar mehr getan als Manche wahrhaben wollen. Welchen Stellenwert diese Brücke ins Leben genau hatte, können Sie im Beitrag vom Harri Czepuck lesen. Carl von Ossietzky hatte seit 1921 schonungslos vor Hitler und den industriellen Hintermännern gewarnt und wurde schließlich im Konzentrationslager umgebracht. Der Beitrag zur deutsch-polnischen Gedenkfeier anlässlich seines 70. Todestages ehrt den Autor und Redakteur der pazifistischen, antimilitaristischen Berliner Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“.

Mit herzlichen Grüßen

Wulf Schade und Christiane Thoms

Aus dem Inhalt	Seite
Nein zum Raketenschild in Polen	5- 6
Kühn, aber realisierbar. Der Rapacki-Plan.	6
Das Pulver verschossen? Zur Linken in Polen	7
Befreier-Befreite-Besatzer. Ein Seminar des DIZ	8
Eine Brücke ins Leben	9-11
Die Grenzen der Demokratie - Eine Antwort	11-13
Carl von Ossietzky - Eine deutsch-polnische Gedenkfeier	14
Brücken über die Görlitzer Neiße	25-26
Leserbriefe zur evangelischen Kirche bei der Ausöhnung	26
Zwei Bücher unter die Lupe genommen	27

Wichtige Adressen:**Geschäftsführung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD:**

Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, T: 02858/ 7137, Fax: 02858/ 7945

Unsere Gesellschaft im Internet: <http://www.polen-news.de>

e-Mail: dpg-brd@polen-news.de

Redaktion POLEN und wir: Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791 Bochum

T: 0234/ 51 23 84, e-Mail: w.schade@online.de

Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen: c/o Klaus-Ulrich Göttner

Moldastr. 21, 10319 Berlin, Fax: 01212-5-305-70-560

e-mail: vorstand@guteNachbarn.de

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld e.V./Jugendforum

Postfach 101 590, 33515 Bielefeld, T: 0179-36 11 968

Vorsitzender: Ingo Hagemeister, Theodor-Hürth-Str. 1, 33609 Bielefeld

e-mail: info@dpg-bielefeld.de; im Internet: www.dpg-bielefeld.de

**DEUTSCH-POLNISCHE GESELLSCHAFT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
E.V.**

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Christoph Koch, Sprachwissenschaftler, Berlin - Stellv. Vorsitzender: Dr. Friedrich Leiding, Psychiater, Hürth - Vorstand: Henryk Dechnik, Lehrer, Düsseldorf - Manfred Feustel, Steuerberater, Hünxe - Karl Forster, Journalist, Berlin - Dr. Egon Knapp, Arzt, Schwetzingen - Susanne Kramer-Drużycycka, Germanistin, Warschau - Dr. Holger Politt, Gesellschaftswissenschaftler, Warschau - Wulf Schade, Slawist, Bochum - Christiane Thoms, Polonistin, Berlin

Beirat: Armin Clauss - Horst Eisel - Prof. Dr. sc. Heinrich Fink - Prof. Dr. Gerhard Fischer - Dr. Franz von Hammerstein - Christoph Heubner - Witold Kaminski - Dr. Piotr Łysakowski - Hans-Richard Nevermann - Eckart Spoo

**Anschrift: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V., c/o Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe
Tel.: 02858/7137, Fax: 02858/7945**

IMPRESSUM

**POLEN und wir, Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
ISSN 0930-4584 - K 6045**

Heft 3/2008, 25. Jahrgang (Nr. 86)

Verlag und Herausgeber: Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Redaktion: Karl Forster, Dr. Friedrich Leiding, Wulf Schade (V.i.S.d.P.), Prof. Dr. Eva Seeber, Werner Stenzel

Redaktionsassistentz: Christiane Thoms

Redaktionsbüro: POLEN und wir

Wulf Schade, Wielandstraße 111, 44791

Bochum, Tel.: 0234/ 512384

e-mail: w.schade@online.de

Lay-out: Wulf Schade, Bochum

Druck und Vertrieb: Oberheuser, Essen

Abonnenntverwaltung: Manfred Feustel, Im Freihof 3, 46569 Hünxe, Fax: 02858/7945

Bezugspreis: Einzelheft 3,00 €, Jahres-Abonnement 12 €. Inkl. Versand, Auslands-Abos 10,00 € zzgl. Versandkosten, Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bielefeld e.V. erhalten "Polen und wir" im Rahmen ihrer Mitgliedschaft

Postbank Essen, Konto 342 56-430

BLZ 360 100 43

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin überein. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15. August 2008

Foto vorne: Lesung „M wie Miłocæ“ am 6.5.2008 in Berlin, (s.S. 19), Foto: André Osbahr

In memoriam Irena Sendler

Von Friedrich Leidinger

Eine kleine Greisin in schwarzem Kleid und mit schwarzem Band im grauen Haar, winzig, mit einem milden, klugen Gesicht, mit leuchtenden Augen. So hat die Weltöffentlichkeit sie in Erinnerung, seit sie, die jahrelang vergessen in einem Pflegeheim der Barmherzigen Brüder im Warschauer Stadtteil Nowe Miasto wohnte, unerwartet mit Ehrungen überhäuft wurde. Ihr Name war in den polnischen Geschichtsbüchern nicht anzutreffen. Die Frau, die so viel geleistet hat, damit andere ihr Leben und ihre Identität bewahren können, war selbst in Vergessenheit geraten. Nach Jahren des Verschweigens hat sie an ihrem Lebensende Anerkennung gefunden. Am 12. Mai 2008 ist sie in Warschau gestorben.

„Entdeckt“ wurde sie erst durch Schülerinnen aus Uniontown (Kansas). Die hatten in einer Illustrierten eine Notiz über eine Frau gelesen, die 2.500 jüdische Kinder vor dem Holocaust gerettet hätte. Sie gingen mit ihrem Geschichtslehrer der Sache nach,

teilung hinter den Ghetto Mauern. Ab Oktober 1939 durfte die Wohlfahrtsbehörde keine materielle Hilfe mehr an Juden leisten. Doch bis das Ghetto im November 1940 abgeriegelt wurde, hatte die Sozialhilfe etwa 3000 Juden anhand der gefälschten

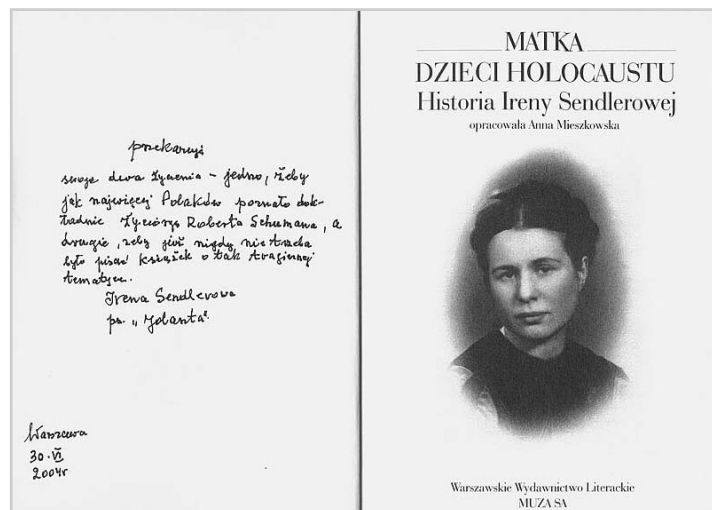
Dokumente geholfen. Unter dem Vorwand der Seuchenbekämpfung schmuggelte Irena Sendler als Krankenschwester verkleidet zusammen mit 10 Mitarbeiterinnen, Lebensmittel, Medikamente und Geld in das Ghetto.

Seit 1942 war sie Mitglied der Geheimorganisation „egota“* (Rat zur Hilfe für Juden). Als klar wurde, dass die

Säcken und Mülltonnen, in Kisten unter Ziegelsteinen. Um ein Kind zu retten mussten mindestens 10 Personen zusammenarbeiten. Die Kinder wurden zuerst an einer geheimen Aufnahme stelle untergebracht und dann an einen sicheren Ort weitergeleitet. Auf diese Weise gelang es ihr, etwa 2500 jüdische Kinder aus dem Warschauer Ghetto zu retten - viel mehr, als es auf der berühmten Schindlers Liste gab. Nach der Niederschlagung des Aufstandes im Ghetto setzte sie ihre Tätigkeit fort. Sie lauerte an Kanaleingängen und ihr wohlbekannten Übergängen und fing Kinder, junge und alte Leute, auch Behinderte ein. Für jeden musste man Kleidung, arische Dokumente, Arbeitskarte und Unterkunft beschaffen. Jedem Schützling wurde eine Verbindungsfrau oder Betreuerin zugewiesen. So wurde auch der seit Winter 1943 auf der „arischen“ Seite im Versteck lebende bekannte Pianist W³adys³aw Szpilman von Maria Krasnodébska, Irenas Kollegin aus der Wohlfahrtsabteilung, über mehrere Monate mit Essen und Geld versorgt.

Eine verschlüsselte, sorgfältig auf Kloppapier geführte Dokumentation über die Identität der geretteten Kinder vergrub Irena Sendler in Einmachgläsern im Garten. Auf diese Weise überdauerten die Informationen den Krieg. Mehrmals waren diese Unterlagen dramatisch bedroht. Am 20. Oktober 1943 wurde Irena Sendler von der Gestapo verhaftet. „Das Haus war von der Gestapo umstellt. Ich habe die Kärtchen, die ganze Kartei also, dem Verbindungsmädchen zugeworfen und bin an die Tür gegangen. Sie sind hereingestürzt, elf Männer. Die Durchsuchung hat 3 Stunden gedauert, sie haben den Fußboden abgerissen, Kissen aufgeschnitten. Die ganze Zeit habe ich weder meine Kollegin noch meine Mutter angeschaut, denn ich hatte Angst, dass eine von uns unerwünscht reagiert. Wir wussten, dass die Kartei am wichtigsten ist. Als die Gestapo-Männer mir befohlen haben, mich anzuziehen und mitzukommen, war ich glücklich, auch wenn es unwahrscheinlich klingen mag, denn ich wusste, dass die Liste nicht in ihre Hände geraten war. Ich war ruhig, was die Kinder angeht. Mein eigenes Schicksal war mir unbekannt.“

Irena Sendler wurde im Pawiak-Gefängnis gefoltert, sie verriet aber niemanden. Ihre Erschießung wurde befohlen. Auf dem Weg zur Hinrichtung gelang die Flucht, weil es „egota“ gelang, mit einem Lösegeld einen Wachmann zu bestechen. Sie wurde gerettet, weil man wusste, dass nur sie die verborgenen Verstecke der Kinder kannte. Nachdem sie gerettet worden war, setzte sie im Untergrund ihre Tätigkeit in



„Die Mutter der Holocaust-Kinder“.

Die Geschichte der Irena Sendler,

Polnische Originalausgabe - Foto: Mariusz Kubik

und so entstanden ein Schulprojekt und ein Theaterstück über Irena Sendler unter dem Titel „Life in a Jar“ (Leben im Einmachglas). Auf einmal sprach man darüber.

Irena Sendler wurde 1910 in Otwock bei Warschau geboren; ihr Vater war Arzt und Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Als Kind freundete sie sich mit jüdischen Kindern an und lernte Jiddisch. In den Dreißiger Jahren studierte sie polnische Philologie und war in der PPS aktiv. Sie arbeitete im Wohlfahrtszentrum für Mutter und Kind, dann als Gemeindefürsorgerin in der Kommunalen Wohlfahrtspflege in Warschau. Auch unter der deutschen Besatzung setzte sie ihre Arbeit fort. Nach der Gründung des Ghettos befanden sich die meisten jüdischen Armenhilfeempfänger der Wohlfahrtsab-

Deutschen die Ermordung aller Bewohner des Ghettos beschlossen hatten, entwickelte Irena Sendler ihren Plan zur Rettung der Kinder. Sie überzeugte die Eltern gerade der Kleinsten. Mit ihren Helfern holte sie die Kinder aus dem Ghetto und brachte sie in christlich-polnischen Familien, Waisenhäusern, Klöstern und verschiedenen Pflege- oder Erziehungsinstitutionen unter. Dabei nutzte sie immer wieder neue Wege: Die Kinder wurden in Krankenwagen versteckt, sie erhielten Schlafmittel und wurden in Säcke gesteckt und als angebliche „Typhusopfer“ aus dem Ghetto heraus getragen; ein Weg führte durch ein Gerichtsgebäude, das direkt an das Ghetto grenzte, oder durch die Keller von Häusern, die an beiden Seiten der Mauern standen. Man schmuggelte die Kinder auch in

der „egota“ fort. Über das, was sie bei der Gestapo erlebt hatte, sprach sie nie.

Nach dem Krieg übermittelte sie die gesamte Dokumentation dem Sekretär der „egota“, dem späteren Präsidenten des Komitees der Polnischen Juden, Adolf Berman, der die Liste nach Israel mitnahm, wo sie bis heute in Kopien im Umlauf ist und vielen verwaisten Kindern half, ihre Verwandten zu finden. Dank dieser Liste konnte man nach dem Krieg die genaue Zahl der geretteten Kinder und ihre Personalien bestimmen. Die Mitglieder des Komitees der Juden in Polen nahmen die Kinder aus den Fürsorgefamilien und gaben sie ihren Verwandten zurück. Falls sich keine Verwandten meldeten, wurden die Kinder vorläufig in jüdischen Waisenhäusern untergebracht, und die meisten von ihnen wurden nach Palästina bzw. Israel geschickt. „Ich hatte mit dem Präsidenten Berman ausgemacht, dass die Kinder aus der Obhut der Klöster, Waisenhäuser oder Privatpersonen nur ganz behutsam und taktvoll und nach guter Vorbereitung herausgenommen werden dürfen, denn für sie war es oft der dritte Akt einer Tragödie in ihrem kurzen Leben. Der erste Akt - sie wurden von ihren Eltern und Geschwistern getrennt und verloren ihre Identität. Der zweite Akt - sie wurden aus den geheimen Fürsorgestellen genommen. Der dritte Teil - nach dem Krieg wurden sie aus den Pflegeanstalten oder aus den Ersatzfamilien genommen, wo sie inzwischen zuhause waren. Weil ich damals wieder für die Kommunale Wohlfahrtspflege in Warschau zuständig war, habe ich meine beste Mitarbeiterin gewählt und ich habe auch Berman gebeten, unter seinem Personal eine Person zu bestimmen, die Kinder liebt (...) diese neue Wende im Leben der geretteten Kinder war immer schwierig, manchmal sogar tragisch.“

Über ihr stilles Heldentum sowie über die gesamte Tätigkeit von „egota“ legte sich Schweigen. Nach 1945 arbeitete Frau Sendler weiter in der Sozialhilfeabteilung in Warschau. Sie sorgte für die Gründung von Kinderheimen, Altersheimen und Kindertagesstätten. Sie sorgte für die „gruzniki“, junge Prostituierte, die in den Trümmern (gruzy) von Warschau aktiv waren. Man denunzierte sie, dass sie Mitglieder der Heimarmee (Armia Krajowa) versteckte, sie wurde vom kommunistischen Sicherheitsdienst (UB) verhört. 1949, nach einem solchen Verhör, hatte sie eine Frühgeburt, ihr Sohn starb nach einigen Wochen.

Irena Sendler wurde erst 1965 von Yad Vashem mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet. 1983 fuhr sie

nach Jerusalem und pflanzte eine Zeder direkt gegenüber dem Ausgang aus dem Kinderpavillon des Museums Yad Vashem. Sie erhielt einen Brief des Papstes Johannes Paul II, das Kommandeurskreuz des Ordens „Polonia Restituta“ in Anerkennung ihrer Verdienste für die Bewahrung menschlichen Lebens und auch den „Jan Karski Preis für Zivilcourage“. Für diesen Preis haben sie zwei Organisationen gemeldet: Die Aktion Kinder des Holocaust und die Weltföderation der Jüdischen Kinder, die dem Holocaust entkamen, zu der u.a. Personen, die von ihr aus dem Warschauer Ghetto gerettet wurden, gehören. Für ihre Kandidatur sprach Norman Conant, der Geschichtslehrer in Kansas und seine vier Schülerinnen, die ein Theaterstück über Irena Sendler schrieben. Erst nachdem sie dank der amerikanischen Schülerinnen berühmt wurde, erhielt sie 2003 aus der Hand des Präsidenten Kwaśniewski die höchste polnische Auszeichnung - den „Weißen Adler Orden“. Bei der Überreichung des Ordens sagte sie: „Ich versuche, menschlich zu leben und jedes von mir gerettete jüdische Kind rechtfertigt mein eigenes Leben“.

Im Februar 2003 schlug die Aktion „Kinder des Holocaust“, in der sich die ehemaligen Schützlinge der Sendler zusammengeschlossen haben, Irena Sendler für den Friedensnobelpreis vor. Diese Kandidatur unterstützten zwei polnische Nobelpreisträger - Czesław Miłosz und Wisława Szymborska.

Mit ihren Taten ist Irena Sendler in den Kernschatten des 20. Jahrhunderts getreten; sie hat das Böse, das Verbrechen, die Niedertracht ins Licht gestellt, und sie hat den Tausenden, die sie gerettet hat, und denjenigen, die ihr dabei geholfen haben, und denen, die erst heute davon erfahren, die so schwierig zu begründende Hoffnung und den Glauben an die Menschlichkeit bewahrt. Nie verlangte sie nach Anerkennung ihrer Tätigkeit, im Gegenteil, sie hat ihre ganze Kraft und Sensibilität aufgebracht, um Menschen zu retten, und danach auch noch die komplizierten Schicksale der Geretteten zu verstehen: „Ich weiß, das Leben der geretteten Kinder ist immer sehr kompliziert. Jedes von ihnen hat seine individuelle Tragödie der Errettung erlebt, dann das Aufwachsen bei fremden Leuten (...) man hat ihnen Unterkunft, Fürsorge, Ausbildung gegeben. Aber sie waren nie mehr bei sich zu Hause, mit ihren Eltern, unter den nächsten Verwandten. Oft trugen sie die schmerzhafteste Vorstellung mit sich herum, wären sie im Ghetto zusammen geblieben, dann wäre vielleicht ein Wunder geschehen und die Eltern und die Geschwis-

ter hätten auch überlebt. In all den Nachkriegsjahren leuchtete in ihren Herzen ein kleiner Funke der Hoffnung. Trotz der Suche in der ganzen Welt kennen viele von ihnen ihre Wurzeln bis heute nicht (...) Sie leiden unter der Erinnerung an die Trennung. Das Drama dieser Zeit traf alle. Sowohl die geretteten Kinder als auch ihre Mütter, die sie in fremde Hände gaben. Und auch ihre Ersatzmütter, die diese Kinder aufnahmen und sich entschlossen, sie zu erziehen (...)“.

Wer Irena Sendler begegnet ist, bewundert nicht nur ihren Mut, ihre Kraft und Ausdauer, sondern auch ihre ungewöhnliche Sensibilität, Güte und Klugheit. So bedachte sie auch die Identitätstraumata der nächsten Generationen. Schon 1981 sagte sie: „Einer der Gründe, die mich dazu veranlassen haben, über meine Erinnerungen zu sprechen, ist der Wille, der jungen Generation von Juden in der ganzen Welt mitzuteilen, dass sie sich irren, wenn sie meinen, dass die polnischen Juden passiv waren, dass sie nicht kämpfend, sondern willenlos dem Tode entgegengegangen sind. Es ist nicht wahr! Ihr irrt euch, junge Freunde. Könntet ihr diese Jugend, die damals lebte und arbeitete, sehen, ihr tägliches Ringen mit dem Tod, der an jeder Ecke lauerte, ihre würdevolle Haltung, Aufopferung und Aktivität an jedem Tag, Kampf um Brot, um Arznei für sterbende Angehörige, um geistige Nahrung in Form einer guten Tat oder Lesen eines Buches, so würdet ihr Eure Meinung ändern! Ihr würdet herrliche Mädchen und Jungen sehen, die mit Würde alle Folter und Tragödien des Alltags ertrugen. (...) Es ist nicht wahr, dass die Märtyrer aus dem Ghetto kampflös ihr Leben verloren! Ihr Kampf war, jeden Tag, jede Stunde, jede Minute in dieser Hölle mehrere Jahre lang durchzuhalten.“ ○

Literaturtip: Anna Mieszkowska: *Die Mutter der Holocaust-Kinder*, DVA, 2006, ISBN 978-3-4210-5912-3, 22,90 €

* „egota“ war eine geheime Organisation, die 1942 von Zofia Kossak-Szczucka und Wanda Krahelska-Filipowicz gegründet wurde. Die Organisation wurde von Vertretern verschiedener illegaler Parteien geleitet (BUND, Front der Wiedergeburt Polens, Polnische Sozialistische Partei, Demokratische Partei, Zwi'zek Syndykalistów Polskich (Bund Polnischer Syndikalistinnen)). Ihre wichtigste Aufgabe war Hilfe für Juden. Die Organisation war in regionale Abteilungen gegliedert. In Lemberg leitete die Tätigkeit Władysław Laryssa Homcowa, in Krakau Stanisław Wincenty Dobrowolski, in Warschau Julian Grobelny, Pseudonym „Trojan“.

Nein zum Raketenschild in Polen

Von Wulf Schade

Nach Aufruf der „Kampagne gegen Militarismus“ gingen ungefähr 500 Personen am 29. März dieses Jahres in S³upsk gegen eine Abschuss-Base für das geplante Raketenschild der USA auf die Straße. Die Abschuss-Base soll wahrscheinlich auf dem Gelände des Militärflughafens von Redzików errichtet werden und ist mit einer dafür zu bauenden Radaranlage in Tschechien gekoppelt. Dieser Militärflughafen liegt nur 4 km vom Zentrum der Stadt S³upsk entfernt. Die Mehrheit der Demonstrantinnen und Demonstranten waren junge Menschen aus antimilitaristischen Bewegungen und Organisationen wie „Stoppt den Krieg“ (Stop Wojnie), „Essen statt Bomben“ (Jedzenie zamiast bombs) wie auch verschiedener linker Organisationen. „Wir wollen keine Schilder und keine Kriege, wir wollen Frieden“, „Wir fordern ein Referendum über das Raketenschild“, „Der Krieg ist das einzige Spiel der Reichen, an dem die Armen teilnehmen dürfen“ und ähnlich lauteten die Parolen.

In der Nacht zum Sonntag wurden dann 24 Personen, die an der Demonstration teilgenommen hatten, auf einer Feier von der Polizei in einer Privatwohnung verhaftet. Der angegebene Grund war: Ruhestörung. Trotz sofort organisierter Proteste wurden diese Leute erst im Laufe des Sonntags und am folgenden Montag aus dem Polizeigewahrsam entlassen.

Demonstration in S³upsk ...

Während der Kundgebung konnte Dr. Andrzej Jodkowski als polnischer Vertreter der amerikanischen Organisation „Bündnis zur Unterstützung eines Antiraketenschildsystems“ Gründe für die Notwendigkeit eines Schutzschildes vortragen. Es würde den Weltfrieden sicherer machen, versuchte er die Menschen zu überzeugen. Dem widersprachen die Redner der antimilitaristischen Bewegungen. Filip Ilkowski von der Initiative „Stoppt den Krieg“ meinte, dass das Raketenschild eine weiter vorschreitende Militarisierung bedeuten würde, in einer zunehmend instabilen Welt, mit zunehmend instabileren Beziehungen zwischen den Großmächten. Die Wahrscheinlichkeit würde wachsen, dass die USA weitere Länder straflos angreifen würden. „Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Bewohner von S³upsk und Radzikowo ihren Rücken gegen terroristische Angriffe und eventuelle Raketenangriffe anderer Länder herhalten müssen, damit die Vereinigten Staaten es einfacher haben, iranisches Öl zu rauben.“ Der Vorsitzende der „Grünen 2004“ (Zielony 2004), Dariusz Szwed, stellte fest, dass man anstatt eine Billion Dollar für die

Militarisierung der Welt auszugeben, sich lieber mit den klimatischen Veränderungen beschäftigen sollte. Und Grzegorz Ilnicki

Plakataufruf zur Demonstration am 29. März 2008

von der „Kampagne Stoppt die Militärbasen der USA“ meinte: „Die Politik in Polen wird so durchgeführt, dass Entscheidungen in den Kabinetten der Herren Miller, Kwacerniewski, Tusk und Kaczyński gefällt werden, und die Bürger haben nichts dazu zu sagen. Wir sind mit solch einer Politik nicht einverstanden. Wir fordern ein Referendum, das ist unser Recht.“

Unterstützung gab es auch aus dem Ausland. Ein tschechisches Mitglied des Europäischen Parlamentes, Miloslav Ransdorf, rief auf der Kundgebung zur polnisch-tschechischen Solidarität gegen das Rake-

tenabwehrschild auf. „Wir haben dasselbe Problem. Die Amerikaner wollen in unserem Land das Radar [das Teil des Raketenschildsystems ist - Anm. d. Autors] bauen. 80% der Bevölkerung ist dagegen, aber die tschechische Regierung stört das überhaupt nicht. Sie spricht nicht mit der Bevölkerung in dieser Angelegenheit.“

... und eine Tagung in Gdańsk

Eine weitere Aktion fand am Sonntag, 30.3.08 in Gdańsk statt. Dort organisierten die Jungen Sozialisten eine Konferenz unter dem Titel: „Das Raketenschild - Bedrohung und Herausforderung“. Hieran nahmen auch Vertreter aus Deutschland teil. „Ich bin absolut davon überzeugt, dass die Errichtung des Schildes gegen die Verfassung verstößt, weil diese die polnische Regierung zu einer Friedenspolitik verpflichtet. Selbst wenn es zu einem Vertragsabschluss mit der USA über den Bau des Schildes kommt, muss es noch ratifiziert werden, dass heißt entsprechend der Verfassung durch das Parlament oder durch ein Referendum.“, stellte Prof. Dr. Andrzej Sylwestrzak von der Juristischen Fakultät der Universität Gdańsk fest. Er meinte weiter, dass der Bau des Raketenschildes eine Provokation gegenüber Russland sei. „Das bedeutet den Aufbau eines Bedrohungspotentials in unserem Teil Europas, wo doch die Rolle Polens darin bestehen sollte, eine Atmosphäre des Vertrauens zu entwickeln. Polen hat in seiner Geschichte längst sein Limit an Kriegen, Aufständen und Zerstörungen ausgeschöpft.“

Mehrheit gegen das Raketenschild

Dass sich diese und frühere Aktionen gegen das Raketenschild nicht im luftleeren Raum abspielen, zeigen polenweite (CBOS) wie regionale Umfragen (PBS GDA) in S³upsk und Umgebung. So stellte eine repräsentative Befragung am 17. März dieses Jahres auf Anforderung des „Zentrums für Bürgerinitiativen in S³upsk“ fest, dass die eindeutige Mehrheit (59,7%) der Bewohnerinnen und Bewohner der Region S³upsk gegen den Aufbau des Raketenschildes in Redzikowo ist, 30,7% sprachen sich dafür aus. Allerdings würden mehr Bürgerinnen und Bürger (37,7%) zustimmen, wenn Polen vertraglich garantierte größere Sicherheitszusagen von Seiten der USA erhielte.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei polenweiten Umfragen. So stellte eine ebenfalls repräsentative Umfrag vom 1.-4. Februar dieses Jahres fest, dass 53% gegen die Stationierung eines Raketenschildes in

Polen ist, nur 33% dafür. Der Vergleich mit früheren Umfragen zeigt, dass die Ablehnung zuerst ständig anstieg - von 34% im Dezember 2005 auf 60% im Juni 2007 - und seit dem leicht rückläufig ist. Dagegen sank die Zustimmung von 50% im Dezember 2005 auf heute 33%, wobei mit 25% der Tiefpunkt im April 2007 erreicht war. Ein anderes Bild ergibt sich dann, wenn man das Raketenabwehrschild mit Zusagen der USA für eine größere Verteidigungsbereitschaft für Polen verknüpft. Dann stimmen einem Schild 54% zu und bei einer Ablehnung bleiben nur noch 34%. Diese Tatsache zeigt zweierlei: einerseits wird der USA nicht mehr getraut, wenn sie nur Versprechungen macht, gleichzeitig aber traut man auch den bisherigen Sicherheitsversprechungen der europäischen Staaten nicht.

(auf der Grundlage von Berichten von PAP, gp.24.pl, Gazeta Wyborcza)

Politische Einstellung der polnischen Bevölkerung zu Auslandseinsätzen überhaupt

Auf die allgemeine Frage, ob polnische Soldaten außerhalb Polens im Rahmen von NATO-, EU- oder UN-Einsätzen überhaupt eingesetzt werden sollen, sprachen sich im Februar 2008 (in Klammern die Werte vom Oktober 2006) aus:

- bei einem UN-Mandat eindeutig dafür 28 % (25%), dagegen 33% (39%),
- bei einem EU-Mandat 22% (20%) dafür, 41% (43%) dagegen,
- bei einem NATO-Mandat 20% (21%) dafür, 39% (43%) dagegen.

Auf die konkrete Frage zum Einsatz polnischer Soldaten an der unter NATO-Mandat laufenden Afghanistan-Operation sprachen sich im Februar 2008 nur 22% dafür (6% entschieden ja, 16% eher ja) und 73% dagegen (43% entschieden dagegen, 30% eher dagegen) aus. Diese Zahlen sind seit über einem Jahr (Beginn Januar 2007) relativ stabil. Zwischen 14-22% sprechen sich für den Einsatz und 75-83% dagegen aus.

(Quelle: CBOS BS/31/2008 vom Februar 2008)

Die Teilnahme polnischer Soldaten am Irakkrieg unterstützen im Oktober 2007 nur 16%, dagegen waren 81%.

(Quelle: CBOS BS/162/2007 vom Oktober 2007)

Kühn, aber realisierbar

Der Rapacki-Plan

Von Daniela Fuchs

Der ehemalige polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczyński gehörte zu den eifrigsten Befürwortern der Stationierung eines Raketenabwehrschildes der USA in seinem Land. Der neue Premier Donald Tusk setzt auf eine härtere Verhandlungsstrategie gegenüber den USA. Ein prinzipieller Kurswechsel wird jedoch nicht erwartet. Angesichts des Beginns eines möglichen Rüstungswettlaufs sei an eine polnische Initiative erinnert, die vor gut einem halben Jahrhundert mit einem kühnen Plan die Rüstungsspirale des Kalten Krieges zurückdrehen wollte.

Am 2. Oktober 1957 überraschte Polens Außenminister Adam Rapacki die XII. UNO-Vollversammlung mit dem Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Sein Plan enthielt die Forderung an beide deutschen Staaten, Herstellung und Lagerung von Atomwaffen auf ihrem Territorium zu verbieten. Sollten sie dazu bereit sein, würde Polen gleiches tun. Der aus der polnischen Sozialdemokratie stammende Rapacki gehörte zum Reformflügel der PVAP (Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) und hatte sich 1956 für die Rückkehr des gestürzten Generalsekretärs der Polnischen Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, eingesetzt.

Marian Dobrosielski, ehemaliger Mitarbeiter Rapackis, erinnert sich, dass man in Polen ab Mitte des Jahres 1956 nicht mehr die Auffassung vertrat, Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit seien ausschließlich Sache der Großmächte USA und Sowjetunion. Gomułka und Rapacki waren überzeugt, dass es in der internationalen Auseinandersetzung nicht darum gehen sollte, wer die bessere Gesellschaftsordnung vorweisen könne, sondern darum, wie man trotz unterschiedlicher Systeme miteinander in Frieden leben könne. Für Rapackis Vorstoß gab es auch noch einen anderen Grund. Gomułka, so berichtet sein politischer Ziehsohn, der Publizist und spätere Ministerpräsident, Mieczysław Rakowski, ging davon aus, dass sich die beiden deutschen Staaten irgendwann wieder vereinigen werden. Einen möglichen Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR (Deutsche Demokratische Republik) schloss er nicht aus. Er fürchtete nur, dies könnte vor einer internationalen und gesamtdeutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze geschehen. Zur Sicherung der polnischen Westgrenze war eine Atmosphäre der Entspannung und Abrüstung

nötig.

Rapackis Plan enthielt keine Vorbedingungen, die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt und in der NATO blieben unberührt. Er wäre realisierbar gewesen.

Im April 1958 reiste der unabhängige Sejmabgeordnete und liberale Katholik,



Adam Rapacki

Professor Stanisław Stomma, nach Bonn und traf sich mit dem Bundesaußenminister Heinrich von Brentano in dessen Privat-Villa, um u. a. für den Rapacki-Plan zu werben. Für Brentano war der Plan jedoch nicht akzeptabel, würde er doch seiner Meinung nach die Bande zwischen der Bundesrepublik und dem Westen lockern. Ein Befürworter des

Plans war hingegen Gustav Heinemann. Am 23. Januar 1958 erhob er in einer Bundestagsdebatte schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzler Adenauer, warf ihm vor, eine verfehlte Außenpolitik zu betreiben. Den Rapacki-Plan bezeichnete er als Einstiegsmöglichkeit für Ost-West-Gespräche. Doch die Chance, die Fronten des Kalten Krieges durch eine aktive Entspannungspolitik zu durchbrechen, wurden damals noch vertan. Zum Scheitern des Plans trug nicht nur das „Nein“ der BRD und der Westmächte, sondern auch die Inkonsequenz des Ostens bei. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) setzte sich offiziell für den Rapacki-Plan ein, nutzte ihn jedoch für ihre eigene Deutschlandkonzeption und zwangte die zentraleuropäische angelegte Initiative in das Korsett des Kalten Krieges. Dennoch wurde die Idee Gomułkas und Rapackis in den folgenden Jahren immer wieder von Politikern in Ost und West aufgegriffen. Nach 50 Jahren allerdings ist Adam Rapacki, wie Marian Dobrosielski bedauernd vermerkt, sogar in Polen und auch von der Linken nahezu vergessen.

Das Pulver verschossen?

Zur Situation der Linken in Polen

Von Holger Politt, Warschau

Die sozialdemokratisch orientierte Linke in Polen, so hat es mitunter den Anschein, hat ihr Pulver verschossen. Im Vergleich zur politischen Konkurrenz auf der konservativ-nationalen und auf der wirtschaftsliberalen Seite hat sie augenblicklich den Anschluss an die gesellschaftlichen Grundstimmungen verloren. Verwunderlich, denn bis zum Beitritt zur Europäischen Union gab sie auf der politischen Ebene dem Land entscheidende Prägungen, etwa die geltende Verfassung aus dem Jahre 1997. Doch die Substanz, für die über die Jahre Aleksander Kwaœniewski und Leszek Miller standen, ist aufgebraucht. Die zahlreichen Alternativen dazu auf der linken Seite sind sicherlich interessante Erscheinungen, die aber allesamt einstweilen auszeichnen, dass sie gesellschaftsweit kaum wahrgenommen werden. Nicht wenige Beobachter meinen, die Linke in Polen muss sich neu erfinden.

Im Laufe der Jahre verabschiedeten sich die Nachfolger der einstigen Einheitspartei PVAP, zunächst noch verschämt, dann immer konsequenter, von zwei Dingen: Erstens von der Orientierung auf soziale Gerechtigkeit und sozialer Wohlfahrt, die als nachgeordnete Funktionen des allem übergeordneten Wirtschaftswachstums verstanden wurden. Polen - so die tiefe Überzeugung - müsse zunächst alles unternehmen, um den zivilisatorischen Abstand zum Westen zu beseitigen. Erst dann könne nach westlichen Maßstäben verteilt werden. Millers paradoxe Erkenntnis, wonach der Markt immer Recht habe, erklärt sich aus dieser Verengung der Sichtweise.

Während anfangs dem antikommunistisch gestimmten Diskurs, wonach allein die Volksrepublik für die zivilisatorische Lücke zwischen dem eigenen Land und dem hochentwickelten Westen verantwortlich sei, noch nach Kräften und mit richtigen Argumenten entgegengetreten wurde, gab man sich später auf diesem Gebiet kampfflos geschlagen, da geschichtliche Auslegung gegenüber aktuellen Aufgaben zweitrangig sei. Es wurde außerdem Abschied genommen von der eigenen jüngeren Vergangenheit. Man wollte nicht mehr wahrhaben, dass die eigene Formation ohnehin noch für viele Jahre biografisch vor diesem Hintergrund gespiegelt wird. Insbesondere der EU-Beitritt wurde als Trennwand gesehen, hinter der die Zeit der allzu komplizierten Volksrepublik für immer und ohne weiter zu stören zurückgelassen werden konnte. Als Kwaœniewski sich 1997 einverstanden erklärte, die neue Verfassungswirklichkeit „Dritte Republik“ zu nennen, war der Trennungsstrich mehr als symbolisch gezogen. Das Gemeinwesen habe sich zu verstehen in der historischen Kontinuität zur polnisch-litauischen Adelsrepublik, der Ersten Republik, die

Ende des 18. Jahrhunderts dreigeteilt wurde und unterging, sowie zu der im November 1918 ins Leben getretenen Zweiten Republik, der im September 1939 durch den Überfall Hitlerdeutschlands und dem anschließenden Einmarsch der Roten Armee in die östlichen Landesteile der Garausgemacht wurde. Die von 1944 bis 1990 bestehende Volksrepublik hingegen, die zumindest die heutige territoriale Gestalt Polens ermöglichte, verwaiste.

Aus linker Perspektive betrachtet, war, was übrig blieb, nicht mehr viel. Miller erhob 2001 zum heimlichen Programm für die Regierungspartei, dass eine Partei mit über 40% Wählerstimmen Politik für alle Bürger machen müsse und nicht ausschließlich die eigene sich links verstehende Klientel bedienen dürfe. Da von weiter links kaum Konkurrenz drohte, schienen günstige Voraussetzungen zu bestehen, die sogenannte bürgerliche Mitte, den sich Eingang des 21. Jahrhunderts neu formierenden Mittelstand, auf absehbare Zeit erfolgreich für sich gewinnen zu können. Die Überzeugung, die eigentliche Modernisiererpartei im Lande zu sein, machte sich in den eigenen Reihen breit. Es wurde das Märchen einer modernen Sozialdemokratie verbreitet, die in erster Linie für kräftiges Wirtschaftswachstum zu sorgen habe.

Was dann kam, ist schnell erzählt. Den Part der Partei der Modernisierer hat die rechtsliberale PO mittlerweile erfolgreich übernehmen können und ist auf diesem Felde in der Sicht weiter gesellschaftlicher Schichten konkurrenzlos. Wie lange sie diesen Part mit dem radikal wirtschaftsliberalen Konzept eines schlanken Staats und dem Prinzip weitmöglicher Verantwortung des einzelnen Bürgers für sein persönliches und für das gesellschaftliche Leben im heutigen Polen erfolgreich spielen wird, steht auf einem anderen Blatt. Und die

soziale Flanke wurde bereits 2005 erfolgreich von der konservativen PiS übernommen, in dem sie dem „liberalen“ Polen ein „solidarisches“ entgegenstellte. Der Versuch, sich in dieser Polarisierung zu profilieren, scheiterte im Herbst 2007 und Frühjahr 2008 mit dem Mitte-Rechts-Bündnis LiD. Da über den Streit um LiD Leszek Miller das Handtuch warf und mit der SLD brach, mit dem Scheitern des sehr ungleichen Bündnisses aber Kwaœniewskis politische Rolle endgültig als beendet angesehen werden darf, müsste sich jener Teil, der nunmehr von der SLD übriggeblieben ist, neu besinnen. Ob das mit einer mittlerweile in die Jahre gekommenen Mitgliedschaft und abnehmenden Zuspruchs in der Bevölkerung zu bewerkstelligen ist, werden die nächsten Monate zeigen.

Nun bliebe freilich an dieser Stelle zu fragen, was denn an Alternativen sichtbar ist. Da viele Beobachter überzeugt sind, dass das Potential der SLD aus unterschiedlichen Gründen mittlerweile erschöpft ist, wäre es für Polens Linke natürlich tragisch, wenn sie den heutigen Stand in der wohl trügerischen Hoffnung auf kommende bessere Zeiten einfach nur hinnehmen würde. Fast alles wird in den kommenden Jahren von ihr selber abhängen. Vielleicht ist auch die Frage, ob die Absichten der beiden derzeit unangefochten rechten Parteien PO und PiS, das Wahlrecht zu ändern und nach britischem Vorbild zum Mehrheitswahlrecht überzugehen, mit politischen Mitteln noch durchkreuzt werden können. Eine Herausforderung für alle linken und sich links verstehenden Kräfte, denn unabhängig von politischer Option, Vergangenheit und einstiger oder jetziger Größe - sie würden alle gemeinsam erstes Opfer eines derart gravierenden Eingriffs in die derzeitige Verfassungswirklichkeit werden.

Der bekannte Politikwissenschaftler Rafał Chwedoruk äußerte sich zur Zukunft der Linken in Polen jüngst wie folgt: "Eine neue linke Formation wird ganz sicher entstehen. Es ist nur die Frage, ob diese Linke aus dem Nichts entstehen wird oder ob die SLD solche Kräfte freimachen kann, die es ihr ermöglichen werden, bis zur Bildung einer neuen Linken auszuharren, um mit dieser zu verschmelzen. Das ist meiner Meinung nach heute die Hauptfrage der gesellschaftlichen Perspektive der Linken." Klare, verständliche Worte. Es lohnt also, sich des Themas in absehbarer Zeit einmal genauer anzunehmen. Auch, weil die SPD-Führung anlässlich eines Besuches in Warschau ihre SLD-Kollegen kürzlich recht nachdrücklich vor der Entwicklung in Deutschland zu warnen versuchte. ○

Deutsche und Niederländer und Polen

Befreier - Befreite - Besatzer

Von Jarosław ³iókowski

Sie kamen vom Westen. Man rätselte: Amerikaner? Briten? Kanadier? Sie konnten auch Englisch sprechen, hatten tolle Panzer und Motorräder und selbstverständlich boten auch sie Zigaretten an. So hat der niederländische Teenager Roelf seine erste geraucht, die ihm von einem Motorradkurier angeboten wurde, und er raucht bis heute. Nur eins stimmte nicht: an ihren Ärmeltressen stand POLAND geschrieben. Genauso überrascht war man auf der deutschen Seite der Grenze. Die über 1700 Kriegsgefangenen - polnische Soldatinnen - rechneten nicht damit, von ihren Landsleuten befreit zu werden. Und schon gar nicht rechneten damit die Deutschen selbst, dass irgendwelche polnischen Streitkräfte überhaupt kommen, und dazu noch von Holland aus...

Die Befreiung des nördlichen deutsch-niederländischen Grenzraumes durch die 1. Polnische Panzerdivision im April 1945 und die polnische Besatzung des Emslands war Thema eines Seminars des Herinnerungszentrums Kamp Westerbork (Hooghalen), der Stichting Over-en-Weer/Hin-und-Zurück (Emmen) und des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Emslandlager (Papenburg). In der Ankündigung hieß es:

„1945 befreite neben kanadischen Truppen die 1. Polnische Panzerdivision grenznahe Ortschaften und Regionen in den Provinzen Drenthe und Groningen auf niederländischer und im Emsland und Ostfriesland auf deutscher Seite. Während die polnischen Soldaten dieser Einheit in den Niederlanden als Befreier von den deutschen Besatzern gefeiert wurden und bis heute geehrt werden, ist die deutsche Erinnerung zwiespältig: Das Kriegsende und die Befreiung vom Nationalsozialismus wurden begrüßt, aber teilweise auch als „Zusammenbruch“ und „Kapitulation“ empfunden. Die polnischen Befreier, deren Heimatland sechs Jahre durch Deutsche besetzt gewesen war und deren Landsleute man im emsländisch-ostfriesischen Raum seitdem nur als Kriegsgefangene der Emslandlager und als Zwangsarbeiter erlebt hatte, erhielten nun den Status einer Besatzungsmacht. Da in deren Einzugsgebiet vorübergehend Zehntausende Polen lebten, erschwerte das zusätzlich den Umgang mit dem Geschehenen.

Das ungewöhnliche, weil hier im Lande größtenteils unbekannt, Kapitel der deutschen Geschichte wurde vom 4. bis zum 6. April dieses Jahres in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg während des Seminars „Befreier-Befreite-Besatzer“ thematisiert. Die Teilnehmer

waren Niederländer und Deutsche aus der Umgebung, aber auch ein paar in Deutschland und in Holland lebende Polen. Man hörte sich Referate an: zum Einsatz polnischen Militärs im Westen während des 2. Weltkriegs (Frans Ruczynski, Vorsitzender des General Maczek Museums in Breda), zur Geschichte der polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter im Emsland und ihrer Befreiung durch polnische Soldaten (Kurt Buck, Papenburg) als auch zum Thema Displaced Persons im Emsland (Andreas Lembeck, Oldenburg, Autor des Buches „Befreit aber nicht in Freiheit. Displaced Persons im Emsland in den Jahren 1945-1950“). Außerdem erzählte Roelf Nobbe aus Arnhem - ein Augenzeuge - über die Schrecken der deutschen Besatzung in der Provinz (Bourtange), über die Befreiung durch die polnischen Streitkräfte, über seine erste Zigarette und über die Pflege der Grabstätten der polnischen Soldaten.

Gezeigt wurden auch Filme: „Europas vergessene Sieger“ von Susanne Sterzenbach, „Als Haren Maczków hieß“ von Jürgen Hobrecht und „Konspirantinnen“ von Paul Meyer. Besonders interessant wirkte die Gegenüberstellung der beiden letzten Filme. Der erste von ihnen beschäftigt sich mit der Zeit, als 1945 die Deutschen ihr Städtchen Haren für drei Jahre verlassen mussten, damit die polnischen Displaced Persons - zum Teil die Insassen der sich in der Gegend befindenden zahlreichen Lager - in ihre Häuser einziehen konnten: 1995 kommen nach Haren fünf der damaligen polnischen Bewohner von Maczków - so hieß die Stadt Haren unter der polnischen Verwaltung -, die dort ihr Abitur gemacht haben, und treffen die Deutschen, die es pflegen, sich an die Zeit der polnischen Herrschaft als an etwas äußerst Schlimmes

zu erinnern. In „Konspirantinnen“ wird das Schicksal der polnischen Soldatinnen der Heimat Armee (Armia Krajowa - die größte, 350 000 Mitglieder zählende, militärische Untergrundorganisation im besetzten Polen) geschildert, die sich an dem Warschauer Aufstand im Jahre 1944 beteiligt haben und als Kriegsgefangene bis kurz vor dem Kriegsende im Lager Oberlangen gefangen gehalten worden sind. Zum Schluss sieht man die Hauptstadt Polens, die nach dem Aufstand und nach einer planmäßigen Zerstörung danach praktisch aufgehört hat zu existieren. Zwangsläufig denkt man an die Klagen der Bewohner von Haren, die es bis heute nicht vergessen können, dass diese Polen während des harten Winters 1945-1946 ein paar Möbelstücke und eine Kellertreppe verheizt haben. Und an die Wörter einer der damaligen polnischen Abiturientinnen: „Wenn das alles ist, was man uns als Besatzungsmacht vorzuwerfen hat, dann ist das ein Kompliment.“

Die Teilnehmer des Seminars waren keineswegs passiv und es gab einen interessanten Gedankenaustausch. Auch zu der kontrastreichen Filmaufführung: Warum hat man in Haren bis heute die relativ kurze und harmlose polnische Besatzung nicht verdauen können? Vielleicht, weil man als „Übermensch“, zu dem man zwölf Jahre lang erzogen worden war, auf einmal unter der Verwaltung von „Untermenschen“ stand? Oder hatte diese Erziehung etwas länger gedauert? Waren da schon nicht zuvor Bismarck und Friedrich der Große am Werk gewesen? Vielleicht dauert sie auch heute weiter an, diese Erziehung? Es ist doch noch nicht lange her, dass ein deutscher Sender Polenwitze ausgestrahlt hat und dass ein bekannter Kabarettist bereit gewesen ist, vor einem Millionenpublikum diese Witze zum Besten zu geben. Das Volk war schließlich über Jahrhunderte entsprechend erzogen worden und wurde dadurch in seiner „Überlegenheit“ nur bestätigt.

Es erlaubt jedoch einen optimistischen Blick in die Zukunft, wenn sich doch Deutsche zu einem Polen-Seminar melden, wenn sie schon im voraus etwas mehr als nur die alten Vorurteile wissen, sich sogar aktiv mit dem Thema Polen beschäftigen, und wenn als Schlusswort zu hören ist, dass jemand stark umdenken müsse und jetzt die Polen in einem ganz neuen Licht sehe. ○

Eine Brücke ins Leben

Die Kriegsgefangenen-Zeitung „Die Brücke“ half vor 60 Jahren vielen jungen Deutschen beim Neuanfang

Von Harri Czepuck

In diesen Tagen könnte eine kleine, aber bemerkenswerte deutsche Zeitung ihren 60. Geburtstag feiern. Diese Zeitung war, von der breiten Öffentlichkeit allerdings kaum bemerkt, im Frühjahr 1948 in Polens Hauptstadt ins Leben getreten. Nachdem sie ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hatte und ihre Aufgabe als erfüllt ansah, war sie - ebenso wenig bemerkt - auch wieder verschwunden. Dennoch: In den 15 Monaten zwischen Mai 1948 und August 1949, in denen 25 Ausgaben erschienen, war sie ihren etwa 40 000 Lesern das, was sie in ihrem Titel „Die Brücke“ zu sein versprach. In ihrem kurzen Leben hat sie mehr für die deutsch-polnische Aussöhnung und eine gute Nachbarschaft getan, als man andernorts, vor allem in der Altbundesrepublik, bis heute wahrhaben will, weil man eigene Beiträge auf diesem weiten Feld in Jahrzehnten versäumt hat. Wir erleben die Folgen bis auf den heutigen Tag.

Es war eine Zeitung, von deutschen Kriegsgefangenen für deutsche Kriegsgefangene in Polen gemacht, die Brücke sein wollte und sollte - zwischen den zeitweilig von der Öffentlichkeit vergessenen ehemaligen deutschen Wehrmachtsangehörigen, die in polnischen Lagern an einer bescheidenen Wiedergutmachung arbeiteten, und ihrer deutschen Heimat. Sie war eine Brücke zwischen den verschiedenen Kriegsgefangenen- bzw. Arbeitslagern in Polen. Sie war nicht zuletzt auch eine Brücke zwischen Deutschen und Polen, die sich in ihrer Geschichte - meist durch deutsche Schuld - nicht sehr viel Gutes angetan hatten.

Erst die Befreiung von der Nazidiktatur durch den opferreichen Kampf der Anti-Hitler-Koalition, vor allem der Sowjetunion, schuf eine gewisse Voraussetzung für eine positive Wandlung im deutsch-polnischen Verhältnis. Das wird gegenwärtig von gewissen Kräften zwar heftig bestritten. Die heute einen ahistorischen Einfluss ausübenden Geschichts- und Geschichtenschreibenden möchten gern über die Zeit zwischen 1945 und 1990 einen Mantel des Schweigens hängen. Doch Geschichte ist nun mal Geschehenes und kann nicht wegkommandiert werden.

Lebenshilfe für 40.000 Menschen

Deshalb ist "Die Brücke" ein ziemlich verlässlicher Zeitzeuge gegen die Totalitarismustheoretiker, wenn es darum geht, wer, wann und wo etwas für die deutsch-polnische Aussöhnung zu tun begonnen hat. Dazu gehörte, zwischen Deutschen und Polen auch Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Ein Beispiel dafür wie die Klärung der Kriegsgefangenenfrage überhaupt. Während in den Westzonen dieses Kapitel im

Konsequenzen, die bis heute politischen Ärger verursachen. Das hing auch damit zusammen, dass sich eine der beiden polnischen Exilregierungen in London niedergelassen hatte, die nachdrücklich die Verschiebung der Westgrenze verlangte. Deshalb war der britische Premier Churchill einer der heftigsten Verfechter sowohl der neuen Grenze als auch der Umsiedlung verbliebener deutscher Minderheiten.

Zu den Problemen gehörte auch die Frage der Reparationen an die von der Naziarmee besonders verwüsteten Länder, also auch an Polen und die Sowjetunion. Die UdSSR erklärte sich bereit, einige deutsche Reparationsleistungen mit Polen zu teilen. Dazu gehörte das Angebot, die von der Roten Armee verwalteten Lager mit deutschen Kriegsgefangenen, die sich auf dem seit August 1945 festgelegten polnischen Staatsgebiet befanden, in den Dienst der Wiedergutmachung vor allem in den ober-schlesischen Steinkohlengruben zu stellen. Man darf nicht vergessen, dass in Polen ein



Titelseite „Die Brücke“ aus dem September 1948 - Sammlung Czepuck

Kalten Krieg vor allem gegen Polen als Munition benutzt wurde, suchte in der Sowjetischen Besatzungszone die SED eine humane Lösung für alle deutschen Kriegsgefangenen.

Was war geschehen? In Potsdam hatte sich die Antihitlerkoalition auf verbindliche Festlegungen für die Nachkriegszeit geeinigt. Darunter befand sich das polnische Problem mit dem von allen vier Mächten gebilligten, besonders aber von der britischen Seite geförderten Standpunkt zur neuen polnischen Westgrenze - mit allen

gewisser Arbeitskräftemangel herrschte. Sechs Millionen Polen, ein Viertel der Bevölkerung, waren als Todesopfer zu beklagen. Hunderttausende arbeitsfähiger Polen lebten noch in der Emigration und harrten der Repatriierung.

Dass aus heutiger Sicht dadurch ein rechtsfreier Raum entstand, hängt auch damit zusammen, dass Deutschland am 8. Mai 1945 bedingungslos kapitulierte und keine Ansprüche an die Geschichte zu stellen hatte. Das aber wurde ausgerechnet von den deutschen Kriegsverursachern und

ihren Rechtsnachfolgern vergessen und bestritten. Auch nach über 60 Jahren wird die großdeutsche Sichtweise vehement fortgesetzt.

In dieser Lage befanden sich etwa 40 000 ehemalige Wehrmatsangehörige auf polnischem Gebiet. Und während in den Westzonen gegen diesen für die Betroffenen nicht angenehmen Zustand gehetzt wurde, entschloss sich die SED-Führung, mit ihrer polnischen Bruderpartei über dieses humane Problem zu verhandeln. Sie erreichte, dass die 40 000 ehemaligen Wehrmatsangehörigen nicht mehr als eine Art Zwangsarbeiter, sondern als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention anerkannt und ab 1947/48 auch so behandelt wurden. Übrigens hat das nicht ein einziger westdeutscher Historiker untersucht, sondern neben DDR-Historikern, die damit allerdings nicht an die Öffentlichkeit treten konnten, lediglich der junge polnische Historiker Jerzy Kochanowski, dessen Arbeit 2001 im Warschauer Verlag Neriton unter dem Titel „In polnischer Gefangenschaft Deutsche Kriegsgefangene in Polen 1945-1950“ in einer Auflage von 500 Exemplaren erschien.

Freilich ist die Arbeit Kochanowskis selbst von jenem Mainstream geprägt, der seit 1990 die Geschichtsschreibung über die Zeit von 1945 bis 1990 auch in Polen außerordentlich beeinflusst - unter Anleitung des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, gesponsert von der Adenauer-Stiftung. Nichtsdestoweniger befasste sich auch Kochanowski mit der Existenz und der Arbeit der Zeitung „Die Brücke“, manchmal im Widerstreit zwischen Sachlichkeit und antikommunistischer Geschichtslesart.

Die Zeitung entstand Anfang Mai 1948, nachdem die Verhandlungen zwischen SED und zunächst der PPR, später der PVAP, über die weitere Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen abgeschlossen waren. Dabei wurde auch die Frage nach den Entlassungen geklärt, die zwischen Ende 1948 bis Ende 1949 abgeschlossen sein sollten.

Die SED schickte einen ständigen Vertreter nach Warschau. Das war Karl Wloch, bis 1933 Redakteur der „Roten Fahne“, KZ-Häftling im Moorlager Esterwegen, der schließlich als Angehöriger der Wehrmats-Strafereinheit 999 zu den Partisanen Titos überlief und versuchte, unter Kriegsgefangenen im befreiten Jugoslawien antifaschistische Umerziehungsarbeit zu leisten.

Aus diesen Erfahrungen schöpfte er, als ihm die Aufgabe gestellt wurde, in Polen in Vorbereitung der Entlassungen noch eine

antifaschistisch-demokratische Aufklärung der zum großen Teil durch die Nazizeit geprägten ehemaligen Soldaten zu versuchen. Eine komplizierte Aufgabe gerade im Polen des Jahres 1948, mit Tito- und Gomu³ka-Affäre. Insgesamt jedoch entsprach diese Arbeit dem Vorgehen in anderen Ländern, die deutsche Kriegsgefangene in ihrer Obhut hatten (Großbritannien mit dem Lager Wilton-Park und die UdSSR mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland).

Nicht Parteiorgan, sondern Volkszeitung

Im April 1948 wurde in Warschau eine Zentrale Selbstverwaltung für deutsche Kriegsgefangene in Polen gegründet. Die Mitarbeiter waren zumeist vor 1933 in der deutschen Arbeiterbewegung aktiv gewesen - in KPD, SPD oder Gewerkschaften - oder es waren Söhne von Antifaschisten. Hilfe bekamen sie von einer Gruppe Angehöriger der polnischen Arbeiterpartei, die auf zum Teil langjährige Erfahrungen in der internationalen Arbeiterbewegung zurückblicken konnten, wie Witold Leder, Natan Akerman sowie die durch Hermann Kants Romane bekannt gewordenen Edda Tennenbaum und Justyna Sierp.

Drei Hauptaufgaben waren zu bewältigen. Erstens: die Einrichtung von Lehrgängen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und ihres Kampfes gegen Kapitalismus und Krieg und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses, etwa über den teilweise gemeinsamen antifaschistischen Widerstandskampf. Zweitens: die teils komplizierte Vorbereitung der Entlassungen in die Heimat. Drittens: den Versuch, eine Zeitung für die Kriegsgefangenen mit Nachrichten aus aller Welt, aus der Heimat mit den damals auf Spaltung Deutschlands zulaufenden Tendenzen, entnazifizierte Kulturbeiträge, Nachrichten aus den verschiedenen Lagern, Sport, Unterhaltung und was sonst noch eine Zeitung ausweisen muss, die dem Informationsbedürfnis nach jahrelanger Isolierung nachkommen wollte.

Die Schwierigkeit bestand zunächst darin, dass außer Karl Wloch, von dem wohl auch die Idee für den Titel „Die Brücke“ stammte, niemand eine Ahnung vom Zeitungsmachen hatte. Nur einer aus der Selbstverwaltung hatte schon mal Zeitungsergeruch in der Nase gehabt: Werner Land, gelernter Schriftsetzer und später in der DDR stellvertretender Chefredakteur der „Berliner Zeitung“. Der wurde von Karl Wloch in Warschau als erster Chefredakteur einge-

setzt. Im Übrigen wurden vor allem ein paar junge Leute ausgewählt, darunter Hermann Kant und ich, zu denen später Manfred Gebhardt (in der DDR lange Chefredakteur des „Magazin“) und andere stießen.

Karl Wloch hatte offenbar die wertvolle Auffassung, aus dieser Zeitung kein Parteiorgan zu machen, sondern ein Blatt mit der Absicht, das Informationsbedürfnis seiner Leser zu befriedigen - soweit das unter den obwaltenden Umständen möglich war. Ihm schwebte so etwas wie eine antifaschistische Volkszeitung vor, die politische Fragen aufgriff, aufbereitete und von einem festen politischen Standpunkt kommentierte. Hermann Kant hat 1975 anlässlich einer kleinen Feier für Karl Wloch geäußert, er könne nicht nur nicht bestreiten, dass sein erster gedruckter Artikel in der „Brücke“ erschien, sondern dass er die „Brücke“ - nicht etwa deshalb, sondern überhaupt - für entschieden besser halte als manche gegenwärtige Zeitung.

Nicht unwesentlich zu dieser Entwicklung hat die aus einer berühmten polnisch-jüdischen Kommunistenfamilie stammenden Edda Tennenbaum trotz ihres damals schon hohen Alters beigetragen. Im Warschauer Lager arbeitete sie unter ihrem alten Decknamen Else Baum. Sie hatte sich vor dem ersten Weltkrieg im Exil ihre journalistischen Sporen in der Stuttgarter „Gleichheit“ unter der Leitung von Clara Zetkin verdient. Leute mit dieser Vergangenheit und ihrer Auffassung zum Charakter eines Massenmediums wie einer Zeitung waren keine schlechten Lehrmeister für den künftigen Beruf, den eine ganze Reihe von uns Mitarbeitern der „Brücke“ später gewählt haben.

Die erste Ausgabe der „Brücke“ erschien im Mai 1948 noch „handgemacht“, das heißt hektografiert, mit Zeichnungen aufgelockert. Schon die Nummer 2 im Juni kam als richtige Zeitung heraus, mit der Hand gesetzt, in der Menage umbrochen und auf einer kleinen Rotationsmaschine gedruckt. Freilich stand die Technik damals in einer Warschauer Gefängnisdruckerei, wo auch andere - mehr oder weniger geheime - Drucksachen erstellt wurden. Natürlich mussten die Druckfahnen, einem polnischen Zensor vorgelegt werden, mit dem wir, bis auf ein paar Fälle, aber kaum Schwierigkeiten hatten. Niemand braucht übrigens darüber heute die Nase zu rümpfen, denn diesen Weg mussten zu jener Zeit alle Zeitungen überall in Deutschland unter dem Kommando der vier Besatzungsmächte durchlaufen.

Die Redaktion der „Brücke“ hat es geschafft, einen breiten Mitarbeiterkreis

aus den zahlreichen Lagern in die Arbeit einzubeziehen: als Leserbriefschreiber, als Korrespondenten aus diesem oder jenem Lager oder als Fragesteller bzw. Antwortenteiler. Es gab kritisches Nachfragen und offene Antworten darauf - besonders, aber nicht nur - was die Lage in Deutschland anlangte.

Polnischen Nachbarn näher gekommen

Mit einer gewissen Berechtigung konnte im Leitartikel der letzten Ausgabe, der Nr. 25 vom August 1948, festgestellt werden, dass die Kriegsgefangenen durch diese Zeitung nach und nach den Sinn unserer Arbeit im demokratischen Polen erkannten, was ihnen die polnischen Nachbarn näher gebracht habe. „Neue Aufgaben warten auf uns in der Heimat. Deutschland soll frei und schön neu erstehen und das kann es nur, wenn seine Menschen vom Glauben an den Frieden und dem Willen zur Freundschaft mit anderen Völkern durchdrungen sind.“

„Die Brücke“ und ihre Mannschaft haben einen Beitrag zu einem menschlichen Zukunftsprojekt geleistet. Der kann uns von Ignoranten und Geschichtsfälschern nicht genommen werden. Wer diese Zeit mit ihren Menschen und ihren Leistungen aus der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte streichen will, wie es in Deutschland geschieht, hat das Recht verwirkt zu behaupten, an einer objektiven Geschichtsschreibung interessiert zu sein oder gar mitgearbeitet zu haben. ○

(Dieser Artikel erschien zuerst im Neuen Deutschland vom 8. Mai 2008)

Unterstützen Sie unsere Arbeit!
**Abonnieren Sie
POLEN *und wir***

bei Manfred Feustel
Im Freihof 3
46569 Hünxe
Fax: 02858/ 7945

**Spenden Sie für
POLEN *und wir***

Postbank Essen
Kto. Nr. 342 56-430
BLZ 360 10043

Fortbestehender Fortbestand oder die Grenze der Demokratie

Petitionsausschuss des Bundestages weist
Appell der Gesellschaft ab

Von Christoph Koch

Deutsche Demokratie. In einer parlamentarischen Demokratie hat das Parlament nicht an letzter Stelle die Aufgabe der Kontrolle der Exekutive. Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik richtete Ende 2006 einen erneuten Appell an den Deutschen Bundestag, in dem sie das Parlament dazu aufforderte, die vom Bundesverfassungsgericht zu geltendem Recht erhobene Deutschlanddoktrin vom Fortbestand des Deutschen Reiches über den 8. Mai 1945 für obsolet zu erklären und darauf gegründetes Regierungshandeln zu korrigieren.

Der Appell der Gesellschaft mutet dem Parlament eigenes Nachdenken, eigene Reflexion der deutschen Nachkriegsgeschichte und der in die Vorgeschichte des Weststaates zurückreichenden rechtlichen Unterlegung ihrer politischen Gestaltung durch die Bundesrepublik und eigenes Erwägen einer möglichen Alternative, d.h. die Wahrnehmung seiner ureigenen Aufgabe am konkreten Beispiel zu. Gefragt war der freie und nach grundgesetzlicher Bestimmung allein seinem Gewissen verpflichtete Parlamentarier. Geantwortet hat der freiheitliche, sein Gewissen einer um erlaubtes Dürfen besorgten Prüfung unterziehende Parlamentarier, der die Zumutung als solche empfand. In Stunden der Bedrängnis richtet sich sein Blick nach oben, von wo ihm einst ein mehr oder minder huldvoller Monarch die Schranken wies. In der Republik muss der Monarch den Posten räumen, doch blieb die Stelle in den deutschen Gebilden des Typs nicht unbesetzt, sodass dem Parlamentarier die Versuchung einer Verhaltensänderung erspart blieb. Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der als Torwächter über den Einlass von Eingaben aus dem außerparlamentarischen Bereich befindet, gründet seinen Bescheid auf eine vorsorglich eingeholte Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, dessen politisches Handeln Gegenstand des Appells war. Parlamentarische Demokratie? Obrigkeitsuntertänige, d.h. verfehlte Demokratie.

Die Antwort des Petitionsausschusses, die dem Bundestag die Beendigung des Petitionsverfahrens empfiehlt, macht sich die Ausführungen der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, die der Gesellschaft seit mehr als drei Jahren durch eigenes Denken delegierende Persönlichkeiten aus dem parlamentarischen Bereich wieder und wieder vorgehalten wird und ihr daher

bestens bekannt ist, in vollem Umfang zueigen. Sie stellt fest, dass bezüglich der Aufforderung, die Deutschlanddoktrin vom Fortbestand des Reiches für nicht länger gültig zu erklären, auf Seiten der Gesellschaft insofern ein Missverständnis obwalte, als „Staats- und Völkerrechtswissenschaft und Rechtsprechung deutscher und ausländischer Gerichte stets daran festgehalten“ hätten, „dass Deutschland als Staat den Zusammenbruch nach 1945 überdauert hat und als Völkerrechtssubjekt fortbesteht. Vor allem die Praxis der meisten Staaten einschließlich der Hauptsiegermächte, die die Verantwortung für ‚Deutschland als Ganzes‘ übernahmen“, habe „auf dem Boden dieser Rechtslage“ gestanden. Zunächst ist zu konstatieren, dass der Petitionsausschuss ausdrücklich die Auffassung vom Fortbestand des Reiches für die Gegenwart bekräftigt. Darüberhinaus aber ist nachgerade zu hoffen, dass seine Ausführungen nicht auf blanker Unkenntnis, sondern auf berechnetem Kalkül, vulgo: bewusster Lüge, beruhen. Die auswärtige Rechtswissenschaft und Rechtsprechung ist aus unterschiedlichen Gründen in der Frage uneinheitlich, in der bundesdeutschen Rechtswissenschaft ist der gegenteilige Standpunkt bis auf den heutigen Tag präsent, und auf dem Felde der Rechtsprechung hat beispielsweise das Bundesverfassungsgericht Mühe, ein erstes abweichendes Urteil in die später gewünschten Bahnen umzuleiten. Eklatanter noch ist die Unwahrheit im Falle der „Hauptsiegermächte“, für die sich der Bescheid bezeichnenderweise auf „[v]or allem die Praxis“ zurückzieht. Von ihnen hat Frankreich stets unbeirrt und offen, die Sowjetunion ebenso unbeirrt, doch mit dosierterer Offenheit die Auffassung vom Untergang des Reiches am 8.5. bzw. 5.6. 1945 vertreten, während die angelsächsischen Verbündeten ihre

nicht minder eindeutige Haltung zwar den „Erfordernissen“ des Kalten Krieges angeschmiegt, der auf der Fortbestandstheese aufsitzenden These der Identität der Bundesrepublik mit dem fortbestehenden Reich jedoch zu wiederholten Malen eine klare Abfuhr erteilt haben. Endlich stellt die auf nationalsozialistischem Boden erwachsene und von nationalsozialistischem und deutschnationalem Geist in die Fundamente bundesdeutschen Selbstverständnisses gegossene Fortbestandstheese keine „Rechtslage“, sondern lediglich einen Rechtsstandpunkt dar, der vor einem internationalen völkerrechtlichen Gremium keinen Bestand hätte und alle Berufung auf rechtliche Hindernisse einer Änderung des gewählten politischen Weges zur Berufung auf selbstgeschaffene Fesseln macht.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973, stellt den Fortbestand des Deutschen Reiches in nicht näher bestimmten Grenzen über den 8.5.1945 und die (räumlich teildentische) Identität der Bundesrepublik mit dem Reiche fest, dessen umständehalber ruhender Handlungsfähigkeit kein Staatsorgan der Bundesrepublik vorzugreifen berechtigt ist. Es verbietet somit, Verfügungen über Belange des Reiches, darunter Teile des Reichsgebietes, zu treffen und stellt jeden von der Bundesrepublik abgeschlossenen völkerrechtlichen Vertrag unter den Vorbehalt seiner Revision durch das Reich, sollte dieses zu eigener Handlungsfähigkeit zurückfinden. Aufgrund der fortgeschriebenen Identität der nachvereinigten mit der vorvereinigten Bundesrepublik sind Urteil und Urteilsbegründung bis auf den heutigen Tag geltendes und alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik bindendes Recht. Sie verbieten dem vereinten Deutschland den Abschluss eines Grenzvertrages mit Polen, der eine Verfügung über Reichsgebiet trifft. Folgerichtig hat sich das vereinte Deutschland der ihm durch die *Abschließende Regelung** auferlegten Pflicht, die Endgültigkeit seiner Grenze gegenüber Polen anzuerkennen, entzogen. Anstelle eines Anerkennungsvertrages hat es nach dem Vorgang des Warschauer Vertrages von 1970 einen Gewaltverzichtsvertrag abgeschlossen, der allein die Faktizität der bestehenden Grenze „bestätigt“ und unter den gleichen Vorbehalten steht.

Die Antwort des Petitionsausschusses hält dem entgegen, dass die Deutschen mit der „Wiedervereinigung“ die „Einheit und Freiheit Deutschlands“ vollendet haben. Tatsächlich liegt hier ein eklatanter Widerspruch vor. Die in der unwiderrufen fortgeltenden Rechtssprechung des Bundes-

Fortsetzung S. 13

Deutscher Bundestag Petitionsausschuss Die Vorsitzende

Pet 3-16-05-06-015436

28.01.2008

(...) Der Petitionsausschuss hat zu dem Anliegen der Petentin eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes (AA) eingeholt. Unter Einbeziehung der Ausführungen des AA lässt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt zusammenfassen:

Der Aufforderung, nach der der Deutsche Bundestag feststellen solle, dass die so genannte Doktrin vom „Fortbestand des Deutschen Reiches über den 8. Mai 1945 hinaus obsolet“ sei, liegt offenbar ein Missverständnis zugrunde. Staats- und Völkerrechtswissenschaft und Rechtsprechung deutscher und ausländischer Gerichte haben stets daran festgehalten, dass Deutschland als Staat den Zusammenbruch nach 1945 überdauert hat und als Völkerrechtssubjekt fortbesteht. Vor allem die Praxis der meisten Staaten einschließlich der Hauptsiegermächte, die die Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ übernahmen, stand auf dem Boden dieser Rechtslage.

Mit der Wiedervereinigung haben die Deutschen „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet“ (so die durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 geänderte Präambel des Grundgesetzes). Entsprechend wurde der damalige Artikel 23 Grundgesetz, der die verfassungsrechtliche Grundlage für den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes bildete, aufgehoben.

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass es zwischen Deutschland und Polen seit dem Inkrafttreten des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, in Kraft seit dem 15. März 1991, und des Vertrages über die Bestätigung der Grenze vom 14. November 1990, in Kraft seit dem 16. Januar 1992, eine völkerrechtlich eindeutige territoriale Situation gibt. Sie war durch den Warschauer Vertrag von 1970 vorbereitet worden, in Artikel 1 Absatz 2 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ wurde ferner bestimmt, dass das vereinigte Deutschland und die Republik Polen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen. Dies ist durch den bereits genannten Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 erfolgt. Beiden Verträgen, dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ und dem Grenzbestätigungsvertrag, hat der Deutsche Bundestag gemäß Artikel 59 Absatz 2 Grundgesetz zugestimmt. Darüber hinaus normiert Artikel 1 Absatz 3 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“, dass das vereinte Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten hat und solche auch nicht in Zukunft erheben wird.

Der Ausschuss kommt daher zu dem Ergebnis, dass es einer erneuten „Feststellung“ durch den Deutschen Bundestag über den endgültigen Charakter der Grenze zwischen Deutschland und Polen insoweit nicht bedarf.

Soweit in dem Anliegen der Petition auf die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze „auf der Berliner Konferenz der Siegermächte 1945“ abgestellt wird, ist darauf hinzuweisen, dass es in der Frage des Rechtsgrundes und des Zeitpunktes des Gebietserwerbs der ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einen bekannten Dissens gibt.

Während nach polnischer Auffassung bereits auf der Potsdamer Konferenz 1945 verbindlich über die Oder-Neiße-Gebiete zugunsten Polens verfügt wurde, ist nach Auffassung der Bundesregierung „die bestehende Grenze das Ergebnis eines sich über vier Jahrzehnte erstreckenden Prozesses, der mit dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland seinen Abschluss gefunden hat“.

Da aber die Potsdamer Beschlüsse insgesamt ein abgeschlossenes historisches Kapitel bilden und in der Grenzfrage eine eindeutige völkerrechtliche Situation besteht, besteht kein Anlass, diese Streitfrage - auch nur mittelbar aufzugreifen.

Der Ausschuss weist darauf hin, dass die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Verwaltung eines Staates grundsätzlich auf das staatliche Hoheitsgebiet beschränkt sind. Allerdings lässt es das Völkerrecht zu, dass Staaten ihre Gesetze und Gerichtsbarkeit auf Personen, Vermögen und Handlungen außerhalb ihrer Grenzen ausdehnen, wenn ein ausreichender Bezug zu ihrer territorialen oder personalen Hoheitsphäre besteht.

Dies gilt beispielsweise für das Steuerrecht oder das Strafrecht. Insofern entspricht das Anliegen der Petentin nicht dem Völkerrecht, das bei Vorliegen einer ausreichenden Verknüpfung von der Zulässigkeit von Hoheitsakten mit Auslandswirkung ausgeht.

Der Petitionsausschuss kann das Anliegen der Petentin daher nicht unterstützen und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen. (...)



Martin Pollack

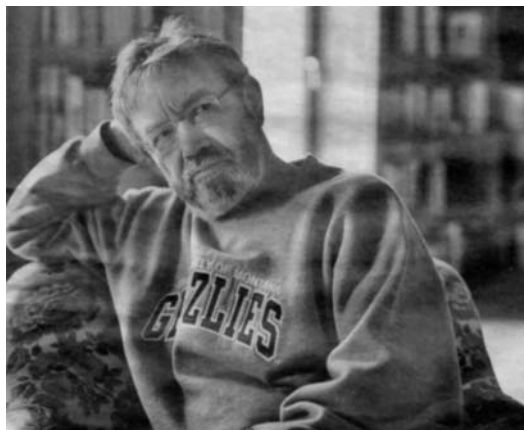
Journalist, Übersetzer und Autor

Von Udo Kühn

Martin Pollack (*1944) studierte Slawistik und osteuropäische Geschichte in Wien. Er lebt in Bocksdorf im österreichischen Südburgenland auf einem Bauernhof und ist als Journalist, Übersetzer und Autor gleichermaßen tätig. Zwei Jahrzehnte hindurch hat er kontinuierlich Bücher von Ryszard Kapuściński ins Deutsche übertragen und damit diesem polnischen Autor im deutschen Sprachraum Aufmerksamkeit und einen breiten Leserkreis erschlossen. Darüber hinaus hat er Werke anderer wichtiger Autoren ins Deutsche übertragen, u.a. von Henryk Grynberg, Wilhelm Dichter, Michal G³owiński und Daniel Odija. Zwischen 1987 und 1998 war Martin Pollack Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ in Warschau.

Besonders beeindruckend ist Pollack als Autor mit den Büchern „Anklage Watermord. Der Fall Philipp Halsmann“ (2002), "Der Tote im Bunker. Bericht über meinen Vater" (2004) und jetzt die neu erschienenen Reportagen „Warum wurden die Stanislaws erschossen?“ (Paul Zsolnay Verlag, Wien 2008). Die Reportage „Jäger und Gejagter. Das

Überleben der SS-Nr.107 136“ aus dem neuesten Werk hat mich besonders gefangen genommen: „Leszczynski hat nie Geschichte studiert, und er hat auch nicht viel übrig für Berufshistoriker, die sine ira et studio Betrachtungen über historische



Martin Pollack (KLEINE ZEITUNG vom 20. März 2008) - Repro: Udo Kühn

Zusammenhänge anstellen oder Fakten und Daten zusammentragen. Er ist parteiisch und mit der Erregung des persönlich Betroffenen bei der Sache, die ihn seit Jahrzehnten im Bann hält. In unermüdlicher Arbeit hat er ein Archiv zusammenge-

Fortsetzung von S. 12

die bundesdeutsche Politik von dem Verdacht der Unehrlichkeit, des Hintergehens der Vier Mächte und der Spekulation auf die „historische Chance“ einer Veränderung der widerstrebend hingenommenen Gegebenheiten zu befreien vermöchte, ist der Nachvollzug der Anerkennung der polnischen Westgrenze und der Verzicht auf alle die Hoheit des polnischen Staates über seine Staatsbürger tangierenden grenzüberschreitenden Rechtsakte. Der Hinweis des Petitionsausschusses auf die Zulässigkeit grenzüberschreitenden Steuer- oder Strafrechts ist, wiederum hoffentlich, bewusste Augenwischerei, denn auch dem unbedarftesten Ausschussmitglied, sollte es ein solches geben, dürfte gegenwärtig sein, dass sich die diesbezügliche Forderung des Appells auf die aus den beibehaltenen Art. 16 und 116 des Grundgesetzes abgeleitete und die polnische Personalhoheit verletzende Art der Betreuung der durch den Nachbarschaftsvertrag vom 17.6.1991 ins völkerrechtliche Leben gerufenen deutschen Minderheit in Polen bezieht.

Das Schiff der proklamierten grundlegen-

den Neubestimmung deutsch-polnischer Nachbarschaft, das sich, mit den Lampions einer vermeintlichen deutsch-polnischen Interessengemeinschaft geschmückt und von den subsolanen Winden einer schwierigen polnisch-russischen Vergangenheit getrieben, auf raschem Kurs in offenes Fahrwasser wählte, sieht sich unversehens durch submarine Widerstände auf der angestammten Stelle festgehalten. Es flottzumachen, bedarf es unverändert der Beseitigung der Klippen, die bundesdeutsche Verweigerung der vorbehaltlosen Anerkennung der aus der Niederlage des Dritten Reiches resultierenden Gegebenheiten einer Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen entgegengesetzt. Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik wird sich weiterhin unbeirrt für ihre Überwindung einsetzen. Ihr Einsatz ist Teil des Bemühens um die Verwirklichung einer Deutschen Republik, die den Namen verdient und, mit sich selbst im Einklang, zu allseitig guter Nachbarschaft imstande ist.

tragen, das eigentlich nur über eine einzige Person Auskunft erteilt: Rolf-Heinz Höppner. Ein imposantes und einmaliges Höppner-Denkmal, Originaldokumente, Fotokopien, Mikrofilme, Zeitungsausschnitte usw., insgesamt mehr als 14000 Seiten, und alles in irgendeinem Bezug zur Person Höppners und seiner Tätigkeit im Warthegau von 1940 bis 1944.“ Bei einem Prozess in Posen bekam Höppner lebenslänglich. 1956 - nach dem polnischen Oktober - kam die große Amnestie, Anfang 1957 kam Höppner frei. Paul Jandl schrieb am 11. März 2008 in der Neuen Zürcher Zeitung: „Pollacks Stil hat eine erzählerische Klarheit, die nie mit dem Ernst seiner Stoffe konkurriert.“

Die „Kleine Zeitung“ [Österreich] schrieb in ihrer Serie „Gespräche über Gott“ zu Ostern 2008:

„Über dem Leben von Martin Pollack liegt ein dunkler Schatten. Dieser Schatten ist sein Vater, der schwere Schuld auf sich geladen hat, weil er einem Gott verfallen war, der Eisen wachsen ließ. Der Sohn hat sein Schaffen unter das Zeichen der Sühne gestellt.“

Aber auch sein übersetzerisches Engagement ist enorm, so dass er im Jahre 2007 zusammen mit Tadeusz Zatorski - ein polnischer Übersetzer vom Polnischen ins Deutsche - den Karl-Dedecius-Preis der Robert Bosch Stiftung für deutsche und polnische Übersetzer im Deutschen Polen-Institut in Darmstadt erhielt. ○

* Bundesdeutsch „Zwei-plus-Vier-Vertrag“

Carl von Ossietzky

Deutsch-polnische Gedenkfeier zum 70. Todestag

Von Klaus Göttner

Die Geschichte, das Wissen um die Vergangenheit hilft uns, die Gegenwart besser zu erkennen und entsprechend zu handeln. Dass das notwendig ist, zeigen die Wahlerfolge von NPD und DVU in Regionen und Wohngebieten, wo Protestpotential vorhanden ist, und in denen die Menschen von der sozialen Krise am schlimmsten betroffen sind. Wenn immer wieder Gewalttaten der Neonazis gegen politische Gegner, gegen Menschen anderer Herkunft, wenn heute von Gerichten genehmigte Aufmärsche von Anhängern der NPD an der Tagesordnung sind, wenn immer noch von den Politikern über ein NPD-Verbot diskutiert wird, obwohl sich in einer Unterschriftensammlung der VVN 175.445 Bürger für ein Verbot ausgesprochen haben, wenn deutsche und polnische Rechtsextreme gemeinsam nach Halbe zum „Ehrenden Gedenken“ fahren, dann ist das Erinnern an die vielen namenlosen antifaschistischen Widerstandskämpfer an die bekannten unbeugsamen Opfer des Naziterrors weiterhin erforderlich.

Einwohner der polnischen Stadt S³onsk und Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen hatten sich

und antimilitaristischen Berliner Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“ den Nazis besonders verhasst war. Seit 1921 habe er schonungslos vor Hitler und dessen militärischen und industriellen Hintermännern



Herr Beck, Lehrer an der Carl-von-Ossietzky-Oberschule in Berlin Friedrichshain, Klaus Göttner und Werner Stenzel, Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und Herr Wegner, stellv. Vors. der Berliner VVN/BdA bei der Kranzniederlegung

gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren aus Berlin zu dieser gemeinsamen deutsch-polnischen Veranstaltung zusammengefunden, um an seinem 70. Todestag Carl von Ossietzkys zu gedenken. Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Bürgermeister, Herrn Krzyskow, dem Dank von Herrn Wegner von der Berliner VVN/BdA und einer Information zur Geschichte des Konzentrationslagers Sonnenburg durch den Kustos, Herrn Kaczmarek, legte der Chefredakteur der Zeitschrift „Ossietzky“, Herr Eckart Spoo, in seiner Gedenkrede u.a. dar, dass Ossietzky als Autor und Redakteur der pazifistischen

in dieser Zeit noch viele Bewunderer im Ausland und es war schwierig, den Propagandaschleier vor den Verbrechen der Nazis zu durchdringen. Im Bemühen, das Martyrium Ossietzkys weltweit bekannt zu machen, kam im Sommer 1934 wertvolle Unterstützung aus Polen: „In Warschau, Krakau und Lemberg wurden literarische Abende veranstaltet, bei denen viel über Ossietzkys Schicksal gesprochen wurde. Es wurden Telegramme an Ossietzky, an das deutsche Propagandaministerium und an die deutsche Gesandtschaft in Warschau gerichtet. Als Goebbels in Warschau war, versuchte eine Delegation von Intellektuel-

len und Arbeitern, den deutschen Gesandten von der Erregung der polnischen Pazifisten über Ossietzkys Schicksal zu unterrichten. Sie wurde nicht vorgelassen. Das reizte viele polnische Organisationen noch mehr, und es gibt jetzt in Polen eine lebhafteste Bewegung für die Freilassung der in deutschen Konzentrationslagern schmachtenden politischen Gefangenen.“

Weiterhin führte Herr Spoo aus, „für alle diejenigen, die Hitler unterstützt, für alle diejenigen, die Widerstand unterlassen hatten, war und blieb Ossietzky eine Herausforderung, der sie sich möglichst entzogen. Als Widerständler geehrt wurden und werden möglichst nur die Offiziere der Nazi-Wehrmacht, die gegen Ende des Krieges die Führung auswechseln wollten, um gemeinsam mit den Westmächten an der Ostfront weiter zu kämpfen.“

Ausgehend von einem Zitat aus dem Jahre 1931: „Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf die Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert“, stellte Spoo am Ende nachdenkenswert Fragen:

„Hat sich das geändert? Dürfen wir, Deutsche und Polen, uns damit beruhigen, dass wir jetzt in einem Militärpakt vereinigt sind? Können wir zufrieden sein, dass wir jetzt - ohne darüber abstimmen zu dürfen - einen gemeinsamen europäischen Vertrag bekommen, der zur Aufrüstung verpflichtet? Dürfen wir die Augen verschließen vor Angriffskriegen, völkerrechtswidrigen Kriegen, an denen wir beteiligt sind? Was löst die Nachricht in uns aus, dass im Irak-Krieg schon über eine Million Menschen getötet worden sind?“

Danach wurden zum Gedenken Blumen am Denkmal und auf dem Friedhof der Opfer des Faschismus niedergelegt. Mit großem Interesse wurde das Museum besichtigt und der Film angesehen.

Nachdem die deutschen Teilnehmer wieder einmal die liebenswürdige polnische Gastfreundschaft erlebt hatten, klang der Tag mit der Führung durch die herrliche ehemalige Ordenskirche der Johanniter, einer Information über die Schlossruine und einer Wanderung durch das Vogelschutzgebiet, begleitet vom Quaken der Frösche und Tirilieren der Vögel aus.

Der Gemeinde S³onsk ein herzliches Dankeschön für das gemeinsame deutsch-polnische Gedenken an Carl von Ossietzky.

Übrigens wurde der riesige Gebäudekomplex des KZ nach dem Kriege abgerissen und die Backsteine zum Aufbau von Warschau genutzt. ○

Wenn ein Deutscher zum Polentum konvertiert

Mit Peter-Piotr Lachmann spricht
in Warschau Teresa Torańska

Peter Lachmann (Dichter, Prosaist, Essayist, Dramatiker, Regisseur und Übersetzer) wurde 1935 im deutschen Gleiwitz geboren, studierte Chemie im polnischen Gliwice und dann - nachdem er 1958 nach Deutschland ging - Philosophie, Germanistik und Theaterwissenschaften in Köln und Basel. Er publizierte Lyrik, Prosa und Essays sowohl in Polen als auch in Deutschland und übersetzte ca. 40 Bücher aus dem Polnischen ins Deutsche. 1985 gründete er in Warschau zusammen mit der Schauspielerin Jolanta Lothe das *LotheLachmannVideotheater „Poza“*, das seine Stücke u.a. in Budapest, Berlin, Edinburgh, Krakau, Paris, Rom zeigte und zahlreiche Auszeichnungen und Preise gewann (u.a. bei dem First Fringe Festival in Edinburgh). Peter Lachmann lebt heute als Piotr Lachmann in Warschau.

Wo möchten Sie beigesetzt werden?

Wenn in Warschau, dann in Lothe-Stanisławskis Familiengruft auf dem Friedhof Stare Pow'zki. Es gibt dort eine freie Ecke, die ich mir ausersuchen habe. Ich werde wenig Platz in Anspruch nehmen, ich werde mich in einer Urne befinden.

Und es wird darauf stehen: Lachmann und...?

Es kann „Dichter“ heißen. Einer ist schon dort (Lachen): „ehemaliger Direktor der Warschauer Gefängnisse, Dichter“, Jolanta Urgroßvater.

Und der Name - Piotr oder Peter?

„Alles verdanke ich der Volksrepublik Polen / sogar den Namen / den nicht eigenen.“ Es können zwei sein: Peter-Piotr, alphabetisch geordnet.

Und chronologisch?

„Er verpuppte sich vor den Augen der Gläubigen der Allerheiligenkirche“, schrieb ich im Gedicht Die Gleiwitzer Zeit, „vom Deutschen zum Polen / dann vom Polen zum Deutschen / und immer wieder so / mit bewundernswerter, ziemlich abscheulicher / Regelmäßigkeit“.

Aber zuvor: „Atemlos lief er durch die umbenannten Straßen / in die umbenannten Kinos / geblendet durch den zivil-militärischen Tod...“

Ich wurde in Gleiwitz geboren, 13 Jahre lang lebte ich in Gliwice, und 1958 ging ich nach Westdeutschland. Nach dem Krieg war ich zehn Jahre alt. Ich wurde vertrieben... halbwegs. Das Wort vertrieben setzen Sie bitte in Anführungszeichen.

Warum?

Es ist unrein. Toxisch. In beiden Sprachen. Man baut politische Karrieren darauf. Man kann es so oft benutzen, wie man es braucht, und kann damit manipulieren, wen man manipulieren möchte. Die Polen drohen den Polen mit dem deutschen Revisio-

nismus, und die heute immer mächtigeren Deutschen versuchen, die Polen wegen der unverschuldeten Schulden zur Rechenschaft zu ziehen. Und sie versuchen dies zu tun, weil die Polen von ihnen politisch abhängig sind. Und viel schwächer: ökonomisch

**Manchmal frage ich mich,
wie kommt es, dass zwei
Nationen, die seit eintausend
Jahren nebeneinander leben,
so unterschiedlich sein können.
(Peter Lachmann)**

misch und organisatorisch. Wegen dieses Wortes habe ich mich vor ein paar Wochen in Deutschland während irgendeiner Diskussion zum Thema sog. Vertreibung gestritten. Ich sagte, wenn ich das Wort höre, empört sich der Pole in mir, und der Deutsche versteht.

Was versteht der Deutsche?

Wenn man Kinder und Enkelkinder mitrechnet, leben in Deutschland ein paar Millionen Umsiedler. Sie haben das Gefühl, aus ihrer Heimat vertrieben zu sein. Vermutlich ergeht es genauso den Polen aus den ehemaligen ostpolnischen Gebieten, die auch vertrieben, jedoch als "Repatrianten" etikettiert worden sind. Was sie jedoch unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Polen wissen, warum sie auf den sog. Wiedergewonnenen Gebieten gelandet sind, und die Deutschen entweder nicht wissen oder sich nicht mehr entsinnen - weil sie sich nicht mehr entsinnen wollen -, warum sie diese Gebiete haben verlassen müssen. Das, was während und nach dem Zweiten Weltkrieg passiert war, wurde in Deutschland tabuisiert. Gänzlich. Ich würde wohl

auch nichts mehr davon wissen oder mich nicht mehr dessen entsinnen können, wenn nicht zuerst meine Mutter den günstigsten Moment für die Umsiedlung - bevor die Rote Armee einmarschierte - verpasst hätte. Und wenn sie nicht später - als wir mit einem Lkw in das Übergangslager gebracht wurden - mit mir und mit meiner Schwester weggelaufen und nach Gliwice zurückgekehrt wäre. Und, letzten Endes, wenn ich - beim nächsten Ausreiseversuch, als wir schon mit Gepäck auf den Transport vom Roten Kreuz warteten - nicht verunglückte wäre.

Sie haben also die Geschichte des Zweiten Weltkrieges durch Zufall kennengelernt?

Durch „ein schelmisches und Streiche spielendes Gespenst“ - erlaube ich mir nach E.T.A. Hoffmann zu wiederholen, der Künstler und preußischer Rat war und vor 200 Jahren aus Posen nach Pöock strafversetzt wurde. Und ich? Als ich mit meinen Kameraden am Vortag der Ausreise Ritter und Räuber spielte in den Trümmern des Hauses Oberschlesien - vor dem Kriege Luxushotel -, fiel ich samt dem Fahrstuhl zwei Stockwerke hinunter. Ich weiß nicht, ob dies ein Glück oder ein Unglück für mich war.

Ein Glück. Für uns.

Sind Sie sich da sicher?

Ich bin es.

Ich bin in den mitteleuropäischen Trichter hineingefallen und wurde zerrieben.

Zu Asche?

Geistig ja. Ganz sicher.

Stellen Sie sich bitte folgende Situation vor: Man schreibt das Jahr 1945, Peter verschwindet, es gibt ihn nicht mehr, er wird zum Piotr. Dieses Umtaufen geschieht automatisch. Mein Doppelgänger taucht in der polnischen Schule auf, er ist zehn Jahre alt. Die Lehrerin bittet ihn, sein Geburtsdatum zu nennen. Ein tragikomisches Moment: ich spreche kein Polnisch. Meine Mutter dachte überhaupt nicht daran, dass sie mich - indem sie mich zur polnischen Schule schickte - einer Demütigung aussetzte. Schlimmer noch, dem Verlust der ursprünglichen Identität.

Hatte sie eine andere Wahl?

Nein. Die Deutschen sind ja auch keine Polen, sie hätten sich keine Untergrundunterrichtsgruppen für ihre Kinder einfallen lassen können.

Die polnischen Kameraden, fantastische Jungs, fangen damit an, mir zuzuflüstern. Ich fühle mich schrecklich erniedrigt und sprachlich - um eine Metapher zu benutzen - vergewaltigt. Ich stammle etwas ungeschickt, zerbreche mir die Zunge. Ich, ein Primus auf der deutschen Schule! Faszi-

niert von den Nibelungen, von der deutschen Grammatik, der deutschen Literatur. Heute vergleiche ich diese Bedrängnis mit der Vergewaltigung eines Mädchens; als erwachsene Frau fühlte sie sich am besten als Prostituierte.

Ich wurde in die vierte Klasse aufgenommen, es war förmlich ein Abenteuer wie aus der Feder von Witold Gombrowicz [Autor von grotesk-satirischen Werken]. Ich saß im Unterricht wie im Theater und tat so, als ob ich den Inhalt des Spektakels, an dem ich beteiligt war, verstände. Das Nicht-Verstehen überspielte ich und machte dabei ein schlaues Gesicht. Und mein Schulbankkollege Adam - später auch Freund -, der seit 1968 in London lebt, brachte mir zeichnend, da er schnell begriff, dass meine Polnischkenntnisse sehr gering waren, die jüngste Geschichte Polens bei: die Zerstörung einer Stadt und ihrer Häuser, eins nach dem anderen, Straße nach Straße in Brand gesetzt durch die Wehrmachtssoldaten.

Durch ihre Landsleute?

Ja, durch die Deutschen. Er versuchte mir zu erzählen, was diese meine Landsleute in Warschau getan hatten. Mit Bilderschrift. Wie sie den Aufstand niedergeschlagen hatten. Der Warschauer Aufstand in heimlich während der Unterrichtsstunde gezeichneten Comics.

Adam war damals hier in Warschau, er sah all das und floh mit seinen Eltern aus der brennenden Stadt.

Die Straße, in der ich heute wohne, blieb verschont. In all den Gebäuden, die man aus meinem Fenster sieht - was für ein hinterlistiges Schicksal -, schauen Sie bitte hinaus, war der deutsche Stab.

Wollen Sie diese Gebäude sehen?!

Ja, natürlich. Wie könnte ich sie nicht sehen? Im dritten Stock meines Hauses versteckte sich damals W³adys³aw Szpilman [Titelfigur in Roman Polanskis Film *Der Pianist* - d. Übers.], ich habe ihn später kennengelernt und mich mit ihm angefreundet. Er hatte hier für den „guten Deutschen“, den Hauptmann Wilm Hosenfeld, die *Nocturne* von Chopin gespielt.

Warschau ist ein Schatten der Stadt aus der Vorkriegszeit. Man sagt, es war schön, vielleicht ist es ein Mythos, ich weiß es nicht. Wenn ich hier die Straßen entlang gehe, spüre ich diesen Schatten. Die Deutschen wissen gar nichts über die Geschichte und die Kultur dieser Stadt.

Wie ist das möglich?

Sie wissen nichts. Für sie existiert diese Stadt nicht. Im wahrsten Sinne des Wortes: sie existiert nicht. Warschau interessiert sie nicht. Es hat sie nie interessiert.

Weil sie es aus der Karte Europas austra-

dieren wollten?

Früher dachte ich auch, es handle sich vielleicht um eine Verdrängung auf Grund einer schlechten Erinnerung. Aber nein. Die Realität ist schlimmer: die Deutschen wissen überhaupt nicht, dass diese Stadt ausradiert werden sollte. Sie hätten auch nicht gemerkt, dass Warschau ausradiert ist. Und die - na gut, vielleicht einige von denen, die so tun, als ob sie etwas über Warschau wüssten, bringen den Warschauer Aufstand mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto durcheinander. Und das ist für mich am meisten empörend, skandalös, unzulässig. Das muss eines Tages zum Vorschein treten, vielleicht auf eine unangenehme Weise als Ergebnis der europäischen Integration, wenn man damit anfängt, sich gegenseitig im großen Stil Rechnungen auszustellen.

Wann?!

Wenn die „Vertriebenen“ nach ihren im Osten d.h. im Westen Polens hinterlassenen Häusern verlangen, und wenn die Polen - aus Vergeltung - z.B. die Kosten für den Wiederaufbau von Warschau zusammenrechnen. Manche tun es angeblich bereits und werden den Deutschen eine Rechnung über die Verluste ausstellen. Es handelt sich um Milliarden von Euro! Sie sollen es tun, die Deutschen sollten endlich verstehen haben, was für ein Theater der Grausamkeit sie hier im 20. Jahrhundert inszeniert haben. Es sollte endlich zu einer Diskussion über Schuld und Strafe kommen.

Es gab sie schon.

Es gab sie nicht. Für mich war diese Sühneaktion, die die jungen Deutschen in den sechziger Jahren initiierten, eine Art geschmackloses Psychodrama. Oder Masochismus. Ich verspottete sie. Völlig unschuldige Menschen kamen nach Auschwitz, arbeiteten, räumten auf, organisierten irgendwelche Workshops und zeigten Reue, nicht für sich selbst, weil diejenigen, die sie hätten zeigen sollen, schwiegen. Für diese blieb Polen ein schwarzes Loch zwischen Deutschland und Russland. Ein verschwiegene Loch.

Dreißig Jahre lang versuchte ich, dieses Loch zu füllen. Ich sprach, ich schrieb: Polen kann für uns Deutsche kein gewöhnlicher Nachbar sein. Zu Polen müssen wir ein besonderes Verhältnis haben, wie zu einer Familie, die man verletzte, indem man ihren Vater oder Sohn tötete. Nichts hat das gebracht!

Heute freut mich nur eins: mein Vater ist damals nicht dabei gewesen.

Denken Sie darüber nach?!

Ja. Gott sei dank, er war nicht dabei. Ich habe Beweise dafür. Der Zug, mit dem er und seine Einheit aus Frankreich gen Osten

fuhren, stand in Warschau auf einem Nebengleis.

War er Soldat?

Bei der Wehrmacht. Zum Glück nur ein Soldat, der im Jahre 1941 einberufen wurde. Er gehörte keiner Partei an, er brauchte nicht der Naziideologie beizustimmen. Als ein bekannter Fußballer - ein Ligamannschaftsstar - hatte er Privilegien. In Gleiwitz besaß er einen Sportwarenladen. Mein Vater ist in Warschau aus diesem Zug nicht ausgestiegen.

Und deswegen ist er gefallen. Dies ist ein Paradox.

In Stalingrad war er nicht gefallen, sondern vermisst. Er hatte sich im russischen Nebel aufgelöst. Für mich wurde er zum Trugbild. Meine Mutter bekam die Nachricht, er sei nicht in die Gefangenschaft geraten.

Hat sie gewartet?

Wir alle haben gewartet. Ich von Jahr zu Jahr immer weniger. Bei uns zu Hause haben wir das, was die Deutschen Trauerarbeit nennen, nicht erlebt. Dies ist eine schöne Bezeichnung.

Eine kluge Bezeichnung.

Ich weiß nicht, unübersetzbar ins Polnische.

Ich glaube, er war verstorben. Und ich, um den ersten Schmerz der Erniedrigung in der Schule, diesen damals für mich schändlichen Rückschlag zu überwinden, fasste den Beschluss, richtig Polnisch zu erlernen. Und es geschah ein Wunder. Nach vier grammatischen Fällen der deutschen Sprache wurde ich mit sieben Fällen beschenkt. Ich war dadurch erregt - vor allem durch den Vokativ. Er hat mich bezaubert. Im Gedicht *Kurs für Anfänger* schrieb ich: „Die Sprachen legten sich auf sein Gesicht / wie Gasmasken an / schwer abzunehmen / er erstickte mal in der einen mal in der anderen / und träumte von einer universalen, ihn nicht einschränkenden Bildersprache / die Atem spenden würde“.

Ist Zweisprachigkeit eine Belastung?

Letztes hatte ich ein interessantes Erlebnis. Ich war in einem Zug aus Warschau nach Berlin unterwegs, in Posen stieg ein elfjähriger Junge dazu und fing an, mich anzuquatschen. Auf Deutsch, die ganze Zeit auf Deutsch. Und plötzlich, als wir über die Grenze fuhren und dann in Deutschland waren, wechselte er ins Polnische. Ich sprach zu ihm Deutsch, und er antwortete mir auf Polnisch, ohne sich dabei bewusst zu sein, welche Sprache er gerade sprach. Ich fragte ihn nach seiner Mutter. Sie war Polin und sprach kein Deutsch, sie sollte ihn vom Bahnhof in Berlin abholen. Dann habe ich es verstanden: psychisch war er schon auf das Treffen mit ihr vorbereitet, er wartete darauf.

Mir erging es scheinbar ähnlich, trotzdem ganz unterschiedlich. Meine Mutter sprach kein Polnisch, und wenn ich zurück nach Hause kam, wechselte ich automatisch ins Deutsche. Aber der grundlegende Unterschied zwischen mir und dem Jungen liegt darin, dass ich meine durch Geburt erworbene deutsche Identität habe verheimlichen müssen. Ich habe sie in der Schule und auf der Straße, sogar im eigenen Kopf verbergen müssen. Zugeben, dass man Deutscher ist, war in Polen erst gefährlich, dann unangebracht, und noch später ungeschickt. Unter dem Zwang der Verheimlichung kam ich auf die Idee, in zwei Gestalten aufzutreten.

Hat Ihre Mutter das nicht gemerkt?

Nein. Sie war nicht besonders an meiner Ausbildung interessiert.

Und an Ihrer Identität?

Meine deutsche Identität funktionierte vor ihr makellos. Das Nachkriegsleben der deutschen Frauen war hart. Meine Mutter hat, um uns den Unterhalt zu sichern, schwere körperliche Arbeit geleistet. In Polen bekam sie eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis. Ihr kam es nie in den Sinn, dass ich mich in zwei Welten bewegte und oft nicht mehr wusste, welche die wahre für mich war und dass ich in einem Theater fremder Sprache, fremder Gesten, fremder Symbole lebte. In einem Theater, in dem das Bühnenbild gewechselt hatte und dessen Metamorphose so stark war, dass ich mich ihr fügte. Meine Mutter merkte wohl auch nicht, dass meine Muttersprache sich auf das Küchen- und Hausgeplauder beschränkte; ich musste selbst dafür sorgen, meinen Sprachhorizont zu erweitern. Ich bildete mich bei einem deutschen Kameraden weiter, der auch nicht „ordentlich vertrieben“ wurde und eine geniale Büchersammlung von deutschen Enzyklopädien, Alben mit Malerei, klassischer Literatur zu Hause hatte. Ich ging zu ihm zum Untergrund (*Lachen*) unterrichtet. Zum Einzelunterricht, weil er diese Bücher nicht las.

Zwei- oder Dreisprachigkeit ist also von Vorteil, wenn man sie unter normalen Umständen während des Friedens erfährt, wenn sie dazu dient, die Welt kennenzulernen, sich kulturell zu bereichern. Und sie ist vom Nachteil, wenn sie einen dazu zwingt, die unabwendbaren Entscheidungen zu treffen, die Masken anzulegen, unter denen sich Doppelgänger verstecken die zu einer Verständigung zu gelangen versuchen, obwohl zwischen ihnen ein unüberbrückbarer Abgrund „an der offenen Grenze der Zähne“ klafft.

Glücklich sind diese Kinder, die, wenn sie in die Welt losziehen, ihre Heimat zusam-

men mit anderen Sachen in ihren Reisekoffer packen können.

War Ihr Koffer leer?

Er hatte einen Doppelboden.

Das heißt...

Zu Hause war ich Peter der Deutsche, in der Schule war ich Piotr.

Pole?

Nein. Ich war doppelt, halbiert, auseinandergerissen zwischen dem polnischen „ja“ [d.h.: „ich“] und dem deutschen „ich“. Stets darauf bedacht, das deutsche „ich“ mit dem polnischen „ich“ [d.h.: „ihr“ in Funktion des Possessivpronomens] nicht durcheinanderzubringen.

Wegen Ihres Vaters?

Nein, nein. Über ihn hat man zu Hause nicht gesprochen. Das Thema war tabu.

Haben Sie nicht nach ihm gefragt?

Nein. Er war für mich ein Rätsel. Er existierte in mir als Angst des kleinen Hamletleins, das mit einer Schuld belastet war, und vor dem der Geist des Vaters plötzlich erscheinen konnte, um nach einer Tat zu verlangen, die die Vergeltung für seinen Tod und die Rache für die Schmach der Mutter gewesen wäre.

In seinen letzten Briefen schrieb er, dass er von Kräften kommt, dass es immer schlechter um ihn steht.

Gibt es Briefe?

Manche sind sogar sehr lang. Ich erfuhr von ihnen vor ein paar Jahren, nach dem Tod meiner Mutter. Meine Schwester, bei der unsere Mutter in den letzten Jahren wohnte, übergab mir ein kleines Bündel und sagte: "Wenn du das nicht mitnimmst, werfe ich es weg."

Hat sie diese Briefe gelesen?

Ich glaube nicht. Sie hat die ganze Vergangenheit - den Vater, den Krieg, die Zeit in Polen - aus ihrer Erinnerung ausradiert. Und vor knapp zwanzig Jahren, als ich nach Polen zurückkehrte, auch mich.

Weil Sie nach Polen gingen?

Höchstwahrscheinlich ja. Sie und Mutter waren durch die Tatsache, dass ich nach 30 Jahren in Deutschland wieder in Polen war, sehr berührt. Mutter gab sich jedoch Mühe, mich zu verstehen, meine Schwester nicht. Ich vermute, dass sie mich irgendwie um diese Entscheidung beneidet. Sie ist jünger. Nach dem Kriege war sie fünf Jahre alt, und als sie Polen verließ, war sie achtzehn; in drei Monaten hätte sie das Abitur in Polen gemacht.

Diese Briefe haben mich umgehauen. Ich zeige sie Ihnen. Mutter hat sie wohl vor uns versteckt. Sie hat ihre Existenz nie erwähnt. Ich habe einen Leichnam berührt, der während der Lektüre lebendig wurde.

Die ersten Briefe wurden mit Tinte geschrieben. Er hatte noch Tinte. Später

schrrieb er mit Bleistift. Und auf immer schlechterem Papier. Die Briefe wurden immer wahnsinniger.

Man schreibt das zweite Halbjahr 1942, er fährt mit seiner Einheit gen Osten: über Warschau, Baranowicze, Minsk. Die Unsicherheit, wohin man geschickt wird, wird immer größer: „In einer Stunde fällt die Entscheidung. Die letzte Möglichkeit, noch abzubiegen. Ich bin ganz gespannt.“ Sie hatten höllische Angst vor diesem Stalingrad.

„Ich lerne russische Wörter. Es macht mir viel Spaß. Ich kann schon ein paar Brocken.“ Er zählt russische Wörter, die er gelernt hat, auf deutsch: halt, essen, zahlen. Und „Hände hoch“. Ein schönes (*Lachen*) Abc-Buch, nicht wahr?

Sie kommen in Stalingrad an. Alle warten diszipliniert in der Warteschlange auf die Einquartierung. Rundum gibt es nur Trümmer, das Wort „Quartier“ klingt für ihn absurd. Er spottet darüber und beschreibt, was er getan hat: Er hat sich von seinem Trupp entfernt und damit angefangen, selbst nach irgendeinem Loch zum Schlafen zu suchen. Ohne Erlaubnis! Aus deutscher Sicht war dies unvorstellbar.

Ich hätte genauso gehandelt. Ich hätte mich auch ohne Erlaubnis entfernt... Nein, nein, ich wäre überhaupt nicht hingefahren. Ich hasse Militär, Disziplin.

Er hat irgendein Loch gefunden, es war noch warm nach den Russen. Und als er am Morgen zu seinem Trupp zurückkam, sah er seine Kameraden, die immer noch auf die Einquartierung warteten. Er war mit sich selbst, mit seiner Insubordination, sehr zufrieden.

In späteren Briefen steht über Russland: „Ein erschreckendes, trostloses Flachland.“ Er erlitt dort einen Zivilisationsschock. Schmutz - stets schrieb er über Schmutz und Armut. Und über die Russen. Man konnte sie aus ihren Verstecken nicht verjagen. „Wir werfen tonnenweise Bomben aus unseren wunderbaren Stukas ab, und es macht ihnen nichts aus. Sie ignorieren sie und greifen weiter an. Ich sehe ihre Posten, das sind keine Menschen, das sind Teufel!“ Anscheinend, wenn sich der Mensch in einer extremen Lage befindet, muss er - um sie sich selber irgendwie zu erklären - nach irrationalen Argumenten greifen. Er hat sogar die russischen Kinder nicht verschont.

Was schrieb er?

Kleine Teufel. Teufelssamen. Und er fühlte sich als Teil eines größeren Ganzen, einer Schicksalsgemeinschaft, eines gemeinsamen sterbenden Organismus. Am Sinn des Krieges hat er nicht gezweifelt.

Bis zum Ende?

Nie. Das ist sehr deutsch: Es gibt eine Aufgabe - nicht Befehl -, und man geht, diese Aufgabe zu erfüllen. Wie ein Nachtfalter ins Feuer.

Ohne nachzudenken?

Mit von oben aufgezwungener und als eigene anerkannte Idee, dass wir Deutschen eine Zivilisationsmission erfüllen. Wir bringen der Welt den Frieden. Über den Frieden, der nach dem deutschen Sieg erfolgen sollte, schrieb er sogar ein längeres Gedicht - für einen Fußballer erstaunlich geschickt. Er publizierte es in einem Militärblatt in Frankreich. Leerer Wahn.

Im Dezember schickte er der Mutter eine Liste aller abgeschickten und von ihr erhaltenen Briefe zu. Unglaubliche Buchhaltung. Mit deutscher Pingeligkeit zitierte er aus seinem Zeugnis, das ihm von seinem Vorgesetzten nach der Dienstzeit in Frankreich ausgestellt worden war: Er sei ein verantwortungsvoller und gewissenhaft seiner Aufgabe nachgehender Mensch. Er dachte wohl, dass sie so ein Zeugnis hätte gebrauchen können... in Zukunft.

Wusste er, dass er fällt?

Ganz irrational glaubte er, sie werden aus dem Kessel ausbrechen. Je schlimmer es kam, desto größer war sein Glaube daran. Desto bunter wurden seine Beschreibungen der Idylle, die er mit seiner Frau nach dem Kriege teilen wollte. Er glaubte an ein für ihn glückliches Kriegsende, und wie ein Held aus irgendeinem Theaterstück von Beckett kratzte er sich ganze Hautlappen ab, um die ... - ich habe das polnische Wort vergessen - die ... zu entfernen.

Die Läuse?

Nein, nein, zu den Läusen hatte er ein beinahe freundschaftliches Verhältnis, er hat sich mit ihnen abgefunden. Es geht um... ich weiß schon, um die Krätze. Alle zwei Stunden versuchte er, sich mit Schnee zu waschen, weil der Militärarzt es ihnen empfohlen hatte; er hat das wunderbar ironisiert: Wenn sie „für Sauberkeit sorgen“, wird die Krätze verschwinden. Sauberkeit in einem aus der Erde ausgehobenen Loch, verstehen Sie?

Und jeden Tag um acht Uhr abends zog er seine Uhr auf. Daran kann ich mich erinnern. Um dieselbe Zeit trat auch die Mutter an die Uhr heran und zog sie auf. Sie hatten ihre ritualen Rendezvous, ihren mystischen Kontakt. „Dort, wo ich bin“, schrieb er, „bist Du mit mir, weil Du meine Heimat bist.“ Und er sah - wie im Film von Einstein - meine Augen, die ihm auf einmal an Stalingrads Horizont erschienen.

Der letzte Brief ist schrecklich pathetisch; er ist von Silvester. Er hat Hunger. Sein Kamerad im Loch, in dem sie sich aufhalten, schläft. Er selbst kann nicht einschla-

fen. Das Briefeschreiben - erklärt er - hilft ihm, zur Ruhe zu kommen, erlaubt ihm, den Hunger zu vergessen. Und plötzlich: „Jetzt kapituliere ich, ich muss das letzte Stück Brot essen.“

Wenn man Briefe von Stanis³awa Przybyszewska [Schriftstellerin und Malerin] liest, spürt man den Kokainhunger, der sie geplagt hat, es gibt den Kampf mit der Schreibmaschine, die Tasten klemmen, die Sätze sind chaotisch. Und die Briefe meines Vaters sind - was den Satzbau betrifft - fehlerfrei.

Unglaublich, im Schreiben war er besser als ich. Unter solchen Bedingungen hätte ich wohl keinen einzigen Satz auf die Reihe bekommen. Ich hätte nicht genug Überzeugung in mir gefunden, dass mein Schreiben einen Sinn hat.

Sind Sie in Stalingrad gewesen?

Nie.

Mochten Sie diese Stadt nicht sehen?

Gestern ja. Ich erfuhr, dass die früher von den Deutschen abtransportierten Skulpturen von Rodin wieder nach Wolgograd zurückgekehrt sind. Komisch, nicht wahr? Der erste Anstoß, dorthin zu fahren, kam durch Skulpturen von Rodin. Und wissen Sie warum? Weil ich Stalingrad aus polnischer Perspektive betrachte. Die eigene Würge ich ab. Und eine deutsche gibt es nicht.

Was gibt es dann?

Eine totale Benommenheit. Einst wurde Stalingrad als eine heroische Tat betrachtet - ein Epos wie eine griechische Tragödie, obwohl dort eigentlich nichts Tragisches geschah. Natürlich ausgenommen die Tatsache, dass beinahe alle Soldaten gefallen waren. Jetzt ist man der Meinung, dass Stalingrad eine totale Katastrophe war, eine der sinnlosesten Schlachten. Und besonders sinnlos war der wider Logik geleistete Widerstand, d.h. dass 300 000 Menschen sinnlos umkamen. Die meisten waren jung. Mein Vater war 31. An der Front war er Funker. „Ich fühle mich so schwach, dass ich meinen Aufgaben nicht mehr nachgehen kann.“ Er, ein Sportler, der immer in ausgezeichneter Verfassung war! Er, der es liebte, mit seiner Kraft zu protzen, und daran glaubte, dass dank ihrer alles im Leben gelingen wird. Ich fühlte mich von ihm beleidigt.

Weswegen?

Weil er durch seine Blindheit, durch seine Akzeptanz dessen, was um ihn geschah, mich verließ und einem Schicksal übergab, das nicht allzu nett war. Daraufhin - als Strafe - verwandelte ich ihn in den Schlitten, den die russischen Kinder fuhren.

Was für ein Schlitten?

In Stalingrad benutzten die Kinder die Lei-

chen der deutschen Soldaten als Schlitten. Surrealismus in der Natur. Und sie fuhren sie. Ich erfuhr davon aus dem Buch „Unmenschliche Erde“ von Józef Czapski [Maler und Schriftsteller, Kriegsgefangener in der UdSSR], das ich für einen deutschen Verleger übersetzte. Aus dieser Episode machte ich eine literarisch-theatralische Etüde, ich führte sie in den Schlosskatakomben in Brzeg (Brieg) bei Opolo (Oppeln) auf. Ich betitelte sie „Hamlet spukt in Brzeg“. Dies war mein Debüt als Schauspieler, ich spielte Hamlet, der den Geist seines Vaters beschwor. Aus Lautsprechern kam das Weihnachtslied „Stille Nacht“, das der Reichssender am Heiligabend 1942 übertragen hatte. Dreißig Übertragungswagen waren daran beteiligt gewesen! Unheimliche Aufnahme, unheimliche Radiosendung. Es waren Soldaten aller Fronten aufgerufen worden. Und diese hatten geantwortet: Hier Stalingrad, hier die Wolgafront, hier Kreta, Frankreich, U-Boot-Hafen auf Atlantik... und sie hatten gesungen. All diese Soldaten hatten live in die Mikrophone gesungen: „Stille Nacht, Heilige Nacht“. Von dieser gigantischen Front, von allen diesen Fronten, wo der Krieg ausgetragen worden war, hatten sie ins Reich ihre Träume von „Stiller Nacht, Heiliger Nacht“ gebracht. Ein totaler Kitsch.

Damals kannte ich die Briefe von meinem Vater noch nicht. Ich assoziierte ihn mit den Schlitten. Er zwang mich, verschiedene sportliche Leistungen auszuführen, er befahl mir, irgendwelche Hügel mit Skiern herabzufahren, täglich kalt zu duschen, meinen Körper zu beherrschen. Ich wollte nicht, dass er zurückkommt. In mir saß die Angst, er käme zurück, und was dann?

Was dann?

Dann könnte ich mich nicht von meinem ursprünglichen Deutschtum befreien.

(Zuerst erschienen unter dem Titel: „Hamlecik“, in: Gazeta Wyborcza, Du, y Format, 30.08.2004, aus dem Polnischen von Jaros³aw Zió³kowski (jar.z@gmx.net). Das Interview wurde leicht gekürzt. Die Briefauszüge von Peter Lachmann sind Rückübersetzungen aus dem Polnischen ins Deutsche, die Informationen zu P. Lachmann in der Einleitung stammen vom Übersetzer. Wir danken Teresa Torańska für die Abdruckerlaubnis. Fortsetzung (Teil 2) in der nächsten Ausgabe.)

Zur Tagung: „Polen an der Schwelle zur Fünften Republik?“

Unterschiede kennenlernen

Von Wulf Schade und Christiane Thoms

Dieses Motto scheint ein wichtiges „Lernziel“ der Tagung gewesen zu sein, die am 7. Juni in Berlin stattgefunden hat und von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der BRD durchgeführt wurde. Eingeladen zum Vortragen waren namhafte Wissenschaftler, die in wichtigen Fragen zur Politik Deutschlands und Polens nur selten die kritisch-distanzierte bis ablehnende Meinung der deutsch-polnischen Gesellschaft und ihrer Mitglieder teilen. Grundlage für eine teilweise sehr erregte, aber immer sachliche Diskussion waren die Vorträge dieser Wissenschaftler zu aktuellen politischen Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen und zur Situation in Polen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen sprachen der Direktor des Deutschen-Polen-Institutes in Darmstadt, Prof. Dr. Dieter Bingen und der Direktor des Instytut Zachodni (Westinstitut) in Posen, Prof. Dr. Andrzej Sakson, ergänzt durch einen Beitrag von Prof. Dr. Jochen Franzke von der Universität Potsdam. Zu zwei wichtigen Fragen der polnischen Innenpolitik - über die Aufarbeitung weißer Flecken in der polnischen Geschichte sowie zur Existenz und Arbeit polnischer Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisation - NGO) - sprachen Dr. Kazimierz Wójcicki vom Instytut Pamięci Narodowej (IPN-Institut für das Nationale Gedenken) in Warschau sowie Dr. Stefan Garsztecki von der Universität Bremen.

An der Tagung nahmen fast 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und Polen teil. Am Vorabend fand als Einklang zur Tagung am Veranstaltungsort „Kulturforum Hellersdorf“ die gemeinsam mit dem Kulturring in Berlin e.V. durchgeführte Lesung „VIVA Polonia - Von der Wupper an die Weichsel. Als deutscher Gastarbeiter in Polen“ statt. Vor etwa 100 Personen wurde knapp 1,5 Stunden aus dem gleichnamigen Buch des Kabarettisten Steffen Möller vorgelesen.

Die eigentliche Tagung begann am Samstag mit dem Referat von Prof. Dr. Bingen über den Stand und die Probleme der aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen. Einleitend stellte er fest, dass sich die Beziehungen nach dem „Zusammenbruch des Kommunismus“ nicht automatisch - wie man es erhofft hatte - ohne größere Probleme entwickelten, sondern dass die Prägung durch die Geschichte eine bedeutende, oftmals negative Konstante darstellt. Positiv bleibe aber festzuhalten, dass der Grenzbestätigungsvertrag von 1990 eine endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze bedeute und dass der Nachbarschaftsvertrag von 1991 die Beziehungen vorbildhaft verbesserte, auch wenn er - in einem allerdings positiven Sinne - in weiten Teilen mittlerweile überholt sei: seine wesentlichen Aufgaben habe er erfüllt, Polen ist mit deutscher Hilfe in die westlichen Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen - NATO und EU - eingegliedert worden. Damit endete eine wichtige Phase der gemeinsamen Geschichte: die paterna-

listische Phase der deutsch-polnischen Beziehungen war beendet. Stattdessen begann eine Beziehung auf Augenhöhe, in der Polen seine Interessen auch gegen die Deutschlands formuliert und vertritt. Deutlich wurde das auf internationaler Ebene im Verhältnis zur USA insbesondere bei der Irakfrage, im europäischen Verfassungskonflikt wie auch beim deutsch-russischen Pipeline-Projekt, auf bilateraler Ebene beim Konflikt um das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Die Kaczyński-Zeit habe nur insofern eine Bedeutung, als sie durch nationalistische Töne die Auseinandersetzungen atmosphärisch verschärfte, aber in der Substanz der Differenzen zwischen Deutschland und Polen keine Neuerungen brachte. Deshalb kann man sich zwar über die Änderung des Umgangstones aus Polen unter der Regierung Tusk freuen, allerdings muss man realisieren, dass in der Sache bisher keine bedeutenden Änderungen eingetreten sind. Die Differenzen sind zwar groß, insbesondere in Bezug auf die Haltung Polens gegenüber der USA, aber hier deuten sich erste tiefere Änderungen an, z. B. beim Pipeline-Projekt und dem „Zentrum gegen Vertreibungen“. Positiv bleibt weiterhin festzuhalten, dass sich die teilweise scharfen Auseinandersetzungen auf der politischen Ebene nicht auf der gesellschaftlichen Ebene widerspiegeln: Entsprechend einer Meinungsumfrage unter der polnischen Bevölkerung im Januar 2006 gilt Deutschland als der mit Abstand zuverlässigste Partner Polens auf der europäischen Ebene.

Ein wesentliches Element für die aktuellen Differenzen zwischen Polen und Deutschland auf der zwischenstaatlichen Ebene, die Bingen auch teilweise auf die Ebene Polen-EU projizierte, sah er in dem noch unterentwickelten Verständnis Polens über die demokratischen Strukturen und die Diskussionskultur des westlichen Staatensystems (s.a. Auszüge auf S. 21).

Prof. Dr. Sakson bestätigte in weiten Teilen seines Referates die Einschätzungen von Prof. Bingen v.a. bezüglich der 90er Jahre, wobei er aus polnischer Sicht zu einigen anderen Ergebnissen bezüglich der Ursachen der Konflikte in den Jahren danach kam. Ausgangspunkt seines Referates war die Feststellung, dass sich Polen in der günstigsten geopolitischen Situation seit über 200 Jahren befindet, was sich auch positiv auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirkt. Nach der Auflösung der politischen Blöcke in den späten 1980er Jahren hatten Deutschland und Polen das gleiche politische und Wirtschafts-System. Die Grenzfrage konnte erfolgreich geklärt werden, die Diskussion um die Sicherheit der Oder-Neiße-Grenze und die Eigentumsansprüche in den ehemaligen deutschen Ostgebieten sei eine innerdeutsche Diskussion, an der sich Polen nicht beteilige. Der Nachbarschaftsvertrag sei von so hoher Qualität, dass er von anderen Staaten für ihre bilateralen Verträge zum Vorbild genommen worden ist. Der „Erzfeind“ Deutschland wurde zum Anwalt der Interessen Polens bei der Eingliederung in die NATO und EU. Bis hierhin, d.h. bis Ende der 1990er Jahre, hat alles im Wesentlichen eine positive Entwicklung genommen. Die Differenzen begannen mit dem so genannten Krieg der Resolutionen 1998, als die guten Beziehungen zu Polen innerdeut-

Werden Sie Mitglied!

Unterstützen Sie die Arbeit der

Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland

Informationen bei:

Manfred Feustel

Im Freihof 3

46569 Hünxe

Fax: 02858/ 7945

schen wahltaktischen Fragen geopfert wurden. Dem schloss sich die von den Konservativen unterstützte Forderung nach einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ an. Diese Phase wie auch das Jahr 2002, als zur Bundestagswahl wiederum die deutsch-polnischen Beziehungen zum Spielball der konservativen Kräfte wurden, die von Polen völlig unverständlich die Rücknahme so genannter Bierut-Dekrete zur ‚Vertreibung der deutschen Bevölkerung‘ forderten, bedeutete für die seit Jahrzehnten für den polnisch-deutschen Ausgleich eintretenden Persönlichkeiten wie W³adys³aw Barto-

Fall in Abhängigkeiten von Russland geraten und dort, wo diese bestehen, ihre Wirkung beschränken. Bei der Gestaltung einer solchen Politik gegenüber Russland sollten Polen und Deutschland zusammenarbeiten und innerhalb der EU so zum Vorreiter werden, hier sei ein wichtiges Feld gemeinsamer Interessenpolitik vorhanden (s.a. Auszüge auf S. 23). Man spürte während des Vortrages eine wachsende Verunsicherung eines großen Teils des Publikums, die sich leider nicht in der anschließenden Diskussion, sondern erst in den Gesprächen während der Pause

ten Referat über die weißen Flecken in der Erinnerungsarbeit der polnischen Gesellschaft zu einem innenpolitischen Thema über. Er versuchte anhand der zeitlichen Abfolge der historischen Themen, die den Zeitraum von 1918 bis heute betreffen und nach 1944/1989 in Polen diskutiert wurden, die Hintergründe und Möglichkeiten zu dieser Diskussion zu verdeutlichen. Wójcicki stellte dabei auch die Veränderung in der Schwerpunktsetzung und die Umwertung in der Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit dar, die nach 1989 eintraten. Dabei zeigte er gleichzeitig gewisse Konstanten auf. So wurde von Wójcicki einerseits der Kommunismus und Nationalsozialismus - Stichwort: totalitäre Systeme - gleichgestellt und damit die historische Diskussion in Polen in der Zeit bis 1989 quasi entwertet, andererseits auch deutlich gemacht, dass die Judenverfolgung bzw. die Verdrängung deren Geschichte in Polen quer durch die politischen Lager ging. Über den Beitrag wurde mit Dr. Wójcicki (leider liegt uns sein Referat nicht schriftlich vor) v.a. wegen seiner eindeutigen Zuschreibung Kommunismus=Verbrechen - bürgerliche Demokratie=menschenwürdiges System und seinen daraus folgenden Bewertungen der historischen Diskussionen heftig gestritten, zumal er sich einiger Vereinfachungen, wenn nicht sogar Manipulationen, bediente.

Den Abschluss der Tagung bildete dann ein sehr detailliertes und informatives Referat von Dr. Stefan Garsztecki über die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung sowie eines Netzes von Nichtregierungsorganisationen in Polen nach 1989, die er als einen wichtigen Gradmesser einer Zivilgesellschaft im Sinne des bürgerlich-demokratischen Systems betrachtete (s.a. Auszüge auf S. 24). Er zeigte aber auch, dass es bereits seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre Bestrebungen in der polnischen Arbeiterschaft gab, eigenständige Genossenschaften zu fordern wie auch nach Selbstverwaltung von Arbeitsstätten. Auch die „Solidarność“ hatte in ihrem Namen die Forderung nach Selbstverwaltung der Arbeitenden, wobei sie diese Forderung auch auf die politische Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene übertrug. Interessant war in diesem Zusammenhang auch ein kurzer Wortwechsel zwischen Wójcicki und Garsztecki, ob es in der Solidarność einen spürbaren linken Flügel gab (Garsztecki) oder nicht (Wójcicki). Leider konnte Dr. Garsztecki sein Referat erst ganz am Ende der Tagung und nur unter großem Zeitdruck halten, sodass an eine größere Diskussion nicht zu denken war. ○



Ein Blick auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung

Foto: Karl Forster

szewski, Bronis³aw Geremek, Jerzy Holzer, Tadeusz Mazowiecki u.a. eine bittere Erfahrung. Man erkannte hinter diesen Diskussionen das Bestreben eines bedeutenden Teils der politischen Klasse Deutschlands die jüngere Geschichte umzuinterpretieren. Weitere Punkte, die zu einer Eintrübung des deutsch-polnischen Verhältnisses führten, sah Prof. Sakson ähnlich wie Prof. Bingen in dem Streit um die Ostseepipeline, die Teilnahme am Irak-Krieg wie auch um weitere Fragen (s.a. Auszüge auf S. 22).

Das erste Referat am Nachmittag von Prof. Jochen Franzke hatte die strategische Politik Westeuropas gegenüber Russland nach dem Auseinanderfallen des von der Sowjetunion beherrschten Staatenbundes Mittel- und Ost-Europas zum Inhalt. Sein Fazit war, dass man das „autoritäre Russland“ nicht isolieren dürfe, sondern durch klare Positionen und harte Verhandlungen in seinen expansiven Bestrebungen stoppen müsse. Der Westen dürfe auf keinen

äußerte. Man war über diesen Vortrag, der einer rein interessengeleiteten Machtpolitik das Wort redete, konsterniert, verstand sich doch die DPG-BRD immer als Teil einer Friedensbewegung, die gerade den Menschen und nicht die Macht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellte. Man spürte, das war hier anders: Ungetrübt jeden Zweifels, dass die EU-Staaten gegenüber dem „autoritären Russland“ ein zivilisatorisch und moralisch höher stehendes Gesellschaftssystem darstellen, die durch geschickte Politik das expansive Russland bändigen müssen, wurden hier antirussische Stimmungen entwickelt. Die Zusammenarbeit der EU und der USA mit prowestlichen Diktaturen, das Führen von völkerrechtswidrigen Kriegen - aktuell der Irak-Krieg - spielten für das Denken von Prof. Franzke bezüglich einer moralischen Höherstellung des Westens über den „autoritären“ Osten keine Rolle.

Dr. Kazimierz Wójcicki leitete dann mit seinem sehr faktenreichen und interessan-

Perspektiven für Deutschland, Polen und Europa

Von Dieter Bingen

Seit Anfang dieses Jahrzehnts werden Deutsche und Polen auf eine ganz un diplomatische Weise darauf gestoßen, dass für die gegenseitige kollektive Wahrnehmung, soweit sie der Richtunggebung durch Politik und Medien ausgesetzt ist, den Erfahrungen der Jahre 1939-1945 eine konstitutive Bedeutung zukommt. Die Prägung durch die Geschichte scheint ungeachtet der unzähligen positiven Tendenzen im individuellen Austausch und einer geradezu explosiven Ausweitung und Vertiefung institutionalisierter und informeller Kontakte, Abhängigkeiten und Netzwerke seit Beginn der 1990er Jahre eine Konstante zu bleiben.

Neue Herausforderungen in diesem Jahrzehnt

Dabei spielen die innenpolitischen Implikationen außenpolitischen Handelns eine anscheinend unverändert große Rolle. Dies trifft auf geschichtspolitische Debatten im bilateralen Verhältnis zu und ebenso intensiv auf außenpolitische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Vier Themenkomplexe beschäftigten deutsche und polnische Politiker und die virtuelle Realität der Medienwelt in den letzten Jahren ganz besonders. Deren Behandlung in beiden Ländern setzte Maßstäbe für die Einschätzung des aktuellen Standes und der Perspektiven der politischen Beziehungen: der Irak-Konflikt, die europäische Verfassungsdebatte, die Debatte um ein "Zentrum gegen Vertreibungen" und das deutsch-russische Ostseepipeline-Projekt.

Bemerkenswert ist bei alledem, dass die großen politischen Kontroversen die Alltagsbeziehungen zwischen Deutschen und Polen sehr viel weniger als die Medienwirklichkeit beeinflussen. Frau Schmidt und Herr Kowalski wollen eher in Ruhe gelassen und von der „hohen Politik“ nicht gestört werden. Geradezu sensationell sind beispielsweise die Ergebnisse unterschiedlicher in Polen durchgeführter Meinungsumfragen der jüngsten Zeit. Sie zeigten ein bemerkenswertes Auseinanderdriften zwischen Aufgeregtheiten und Komplexen im Treibhausklima des politischen Warschau und sehr viel gelasseneren und selbstbewussten polnischen Bürgern, die umso offener und unvoreingenommener auf ihre westlichen Nachbarn blicken, je besser sie die Deutschen kennen. So ging aus einer

im Januar 2006 durchgeführten repräsentativen Umfrage hervor, die befragt, welche EU-Staaten Polens beste Alliierte seien: Deutschland wurde mit 35 % (2004: 19 %) an erster Stelle genannt, gefolgt von Großbritannien mit 28 % und Frankreich mit 19 %.

Ein Neuanfang nach 2007

Es kommt entscheidend darauf an, ob beide Seiten die positiven Signale der jeweils anderen Seite verstehen, aufgreifen und gegenseitig positiv verstärkend wirken lassen. Es gibt weiteren Handlungsbedarf und Vorschläge, um die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft in Europa“ wieder zu beleben. Gemeinsames Thema des Dialogs sollte die „östliche Flanke“ der EU sein, die Beziehungen zu den Nachbarn und insbesondere zu Russland: Sie bleiben eine zentrale Herausforderung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Gemeinsame deutsch-polnische Beiträge zur Formulierung einer gemeinsamen EU-Ostpolitik hätten eine stabilisierende Funktion nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für die gesamte europäische Entwicklung. Im Wesentlichen geht es darum, wie beide Länder zur Verdichtung der Kooperationsbeziehungen mit der Ukraine im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, zur Fortentwicklung der EU-Russland-Beziehungen und zur Suche nach neuen Formen des Umgangs mit dem Sonderfall Belarus beitragen können.

Fragen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik werden auch im engeren bilateralen Dialog zwischen Polen und Deutschland eine prominente Rolle spielen. Kommt die Ostseepipeline weiter voran, sollten beide Länder nach neuen Kooperationsvorhaben Ausschau halten, die der langfristigen Sicherung und Diversifizierung ihrer Energielieferungen dienen. Zu prüfen wäre etwa der Nutzen einer Verlängerung der ukrainischen Ölpipeline Odessa-Brody nach Polen und von dort nach Westen.

Die deutsch-polnischen Unterschiede, die gerade in der Russland- und in der Energiepolitik sichtbar wurden, haben einen strukturellen Charakter, und wahrscheinlich sind sie nicht so rasch zu überwinden. Darin sieht der polnische Politikanalytiker Piotr Buras jedoch eine besondere Herausforderung für eine gemeinsame EU-Energiepolitik. Ein Minimum an Verständigung zwischen Polen und Deutschland sei notwendig, „weil diese beiden Staaten die entgegen gesetzten Pole in der Haltung zu Russland bilden, indem sie beide Russland

als eins der wichtigsten Kapitel ihrer Außenpolitik betrachten. Damit markieren beide Länder die Randbedingungen für einen Kompromiss in der EU-Politik gegenüber Russland. Beide Länder definieren trotz der oft tiefen Interessenunterschiede die für sie wichtigsten Herausforderung und Wirkungsbereiche in der europäischen Politik auf ähnliche Weise. Zudem sind Deutschland und Polen in hohem Maße zur Zusammenarbeit bei der Lösung von Schlüsselproblemen für die Zukunft Europas ‚verurteilt‘. Dies ist nicht nur wegen ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und mutmaßlichen ‚Interessengemeinschaft‘ so. Ein wesentlich plausiblerer Grund, weswegen die Bedeutung des Zusammenwirkens dieser beiden Länder den bilateralen Rahmen überschreitet, ist - paradoxerweise - die Divergenz der deutschen und polnischen Standpunkte in vielen der hier bereits behandelten Fragen.“ Ein Hauptgrund für das große Missverständnis zwischen Deutschland und Polen liegt darin, dass weder Deutschland noch Polen die ungeachtet der vielfältigen Asymmetrien tatsächlich bestehenden Analogien mit den deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 erkannt haben. Das westliche Deutschland und Frankreich waren über Jahrzehnte und noch nach dem Wendejahr 1989 zwei Pole bezüglich ihrer Interessen und ihrer Vorstellungen von Europa. Aber gerade deshalb wurde die Kooperation zwischen Bonn/Berlin und Paris zum Motor der europäischen Integration und die Verständigung zwischen den beiden Regierungen die notwendige Bedingung für die Weiterentwicklung der EWG/EG/EU. Wer die Polarität von Deutschland und Polen in der EU nach 2004 erkennt, sollte eigentlich auf das deutsch-französische Muster setzen und den Kompromiss und Ausgleich zwischen Berlin und Warschau suchen, ohne den die Weiterentwicklung der EU27 scheitern muss. Da aber beiden, Deutschen und Polen, an der Zukunft der EU gelegen ist, gibt es hier die „Interessengemeinschaft in Europa“. Die Idee der „Interessengemeinschaft“ nimmt aber nicht die prästabilisierte Harmonie als Ausgangspunkt der Politik an, sondern sucht auf der Grundlage der Gemeinsamkeit von Axiomen des Umgangs miteinander und eines Einvernehmens über den Modus operandi nach dem Interessenausgleich im bilateralen und damit zugleich des europäischen Interesses. ○

(Auszüge aus dem Vortrag von Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen PolenInstituts in Darmstadt.)

Perspektiven für Deutschland, Polen und Europa

Von Andrzej Sakson

Immer wieder gibt es Warnsignale, die davon zeugen, dass die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland durch die historische Vergangenheit belastet sind. Dennoch öffnet die Tatsache, dass Polen Mitglied der europäischen und euroatlantischen Gemeinschaften wurde, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Warschau und Berlin.

Zu den Schwankungen der Fundamente in der deutsch-polnischen Versöhnung trugen am Anfang des 21. Jahrhunderts einige wesentliche Ereignisse bei: 1. Die Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“, das auf Initiative des BdV und seiner Führung von Erika Steinbach in Berlin entstehen soll, mündet in einer Tendenz, die Deutsche auch der „europäischen Gemeinschaft der Opfer“ angehören lässt. 2. Die Forderungen des Vertriebenenbundes (BdV) und der Preußischen Treuhand wegen der Entschädigungen führten zur Entstehung der Polnischen Treuhand und der Sejm-Resolution wegen der Kriegsschädigungen vom September 2004. Der Grund für die plötzliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Warschau und Berlin im September 2006 waren 22 Anklagen, gerichtet gegen Polen von der Preußischen Treuhand an den Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte in Straßburg. 3. Sowohl die Annäherung Deutschlands an Putins Russlandpolitik als auch der Bau des „harten Kerns“ Europas auf der Basis der nahen deutsch-französischen Beziehungen führten zur Veränderung der polnisch-deutschen Beziehungen. Die Absicht des Baus einer nördlichen Pipeline zwischen Russland und Deutschland durch die Ostsee bedingte eine verstärkte Spannung zwischen Polen und Deutschland.

Messinstrumente einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit

Gemessen an der Temperatur der deutsch-russischen Beziehungen lässt sich die Qualität der deutsch-polnischen politischen Zusammenarbeit, die einst polnisch-deutsche Interessengemeinschaft genannt wurde, ablesen. Aber auch das Engagement Deutschlands in die Rekonstruktion transatlantischer Beziehungen sowie die Rolle als Bindeglied des europäischen Systems verraten eine entsprechende Tendenz.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland für Polen wird durch einen

multilateralen Gesichtspunkt interpretiert. So verwundert es nicht, dass die sich in Deutschland vollziehenden Veränderungen die gegenwärtigen polnisch-deutschen Beziehungen beeinflussen. Einerseits ist das die neue, emanzipierte Rolle Deutschlands in der internationalen Politik, die sich auch in der Beziehung zu den USA, zu Russland und der irakischen Angelegenheit widerspiegelt. Andererseits ist die Veränderung der Einstellung vieler Deutschen zur Vergangenheit relevant. In der individuellen Dimension überwiegt die Überzeugung, dass Deutschland auch Opfer des 2. Weltkrieges war. Das stellt eine neue Qualität dar, die die gegenseitige Wahrnehmung beeinflusst. Vor diesem Hintergrund erscheinen besonders nach dem 1. Mai 2004 wesentliche Risse und Brüche in den bisherigen polnisch-deutschen Beziehungen.

Das Interesse Polens

Im Interesse Polens liegt immer noch die nahe Zusammenarbeit mit den Deutschen. „Die orangene Revolution“ in Kiew zeigte, dass die aktive Rolle Polens in der EU möglich ist und es somit zu einer effektiven Zusammenarbeit auf der Linie Warschau-Berlin kommen kann. So jedenfalls suggerieren es Tusk, Bartoszewski, Steinmeier und Sikorski.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll sich weiter entwickeln und weiter unterstützt werden. Ich glaube, dass gegenwärtig und in der nächsten Zukunft die polnisch-deutschen Beziehungen einen „normalen Charakter“ einnehmen werden, d.h. auf der Basis der gemeinsamen demokratischen Werte, die für die EU-Länder charakteristisch sind. Das verschiedene wirtschaftliche Potential und die unterschiedliche Wahrnehmung der historischen Vergangenheit müssen hier jedoch besser wahrgenommen werden. Zur stabilen Grundlage der polnisch-deutschen Zusammenarbeit gehört das akkumulierte soziale Kapital beiderseits der Oder.

Einflüsse auf Normalisierung der Beziehungen

Eine wesentliche Rolle zum Durchbruch einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen spielten die Veränderungen in Deutschland und der Prozeß der schwierigen Verständigung und Versöhnung.

Großen Einfluss hatte „die Beendigung des Kalten Krieges 1989/1990 zwischen dem Osten und Westen, was aus dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in Polen und der Vereinigung Deutschlands resultierte. Auf den „Trümmern“ der VP und der DDR entstanden zwei benachbarte Länder

mit demokratischen Formen der Machtausübung und der Marktwirtschaft. Ohne diese Veränderungen wäre der Durchbruch in den polnisch-deutschen Beziehungen unmöglich. Die Veränderungen in Deutschland nach 1990 führten dann zur endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze. Zwei fundamentale Verträge wurden 1990 und 1991 über die Anerkennung der Grenzen und freundschaftliche Zusammenarbeit unterschrieben, die grundsätzliche Ziele markierten und zu Vektoren der gegenseitigen Beziehungen, dabei auch Musterbeispiel für die weiteren Verträge mit anderen Nachbarn Polens wurden. Auf der Basis dieses Durchbruchs wurde die vielfältige polnisch-deutsche Zusammenarbeit auf vielen Ebenen ermöglicht: der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen“.

Deutschland als Anwalt Polens

„Deutschland wurde zum „Anwalt“ Polens im Prozess der Integration mit der Europäischen Union und der NATO. Dies kommt im bedeutenden Ausmaß aus den allgemeinen Interessen Deutschlands, die ähnlicher Weise wie gegenwärtig Polen in der Beziehung zur Ukraine, mit den „vorauschaubaren“ Staaten benachbart sein will, d.h. mit den Ländern, in denen das demokratische System herrscht und die Menschenrechte und die Marktwirtschaft bewahrt werden. Im Interesse Polens, der polnischen Staatsraison lag und liegt weiterhin die nahe Zusammenarbeit mit den Deutschen.

Die polnisch-deutschen Beziehungen nach 1989/1990 entwickelten sich in eine dynamische und generell konfliktfreie Weise bis zum Ende der 90er Jahre. Die ersten deutlichen Anzeichen des Verlustes der bisherigen Dynamik zeichneten sich 1998 ab, als der sog. „Krieg auf Resolutionen“ ausbrach, der auch als „Papierkrieg“ bekannt wurde. Er war mit der Bundestagsresolution verbunden in Bezug auf die Rechte der Ausgesiedelten und der Antwort des polnischen Sejm.

Es stellte sich heraus, dass man zum innerdeutschen Wahlkampf im Jahre 1998, aber auch 2002 und 2005 auf die alten Parolen zurückreichte. Dies bezog sich z.B. auf die Aufforderung zur Nichtigkeit der „Beneć- und Bierut-Beschlüsse“ im Jahre 2002, um die Stimmen der „Vertriebenen“ zu gewinnen. Die Argumentation dieser Art führte zur lebhaften Diskussion in Polen und zur Akzentuierung der vielen kritischen Stimmen gegenüber den Deutschen.“ ○

(Auszüge aus dem Vortrag von Prof. Dr. Andrzej Sakson, Direktor des Instytut Zachodni (Westinstitut) in Poznań)

Deutschland, Polen und Russland im geopolitischen Dreieck

Von Jochen Franzke

Die Lösung der geopolitischen Probleme im östlichen Europa ist nur ein Teil einer größeren weltpolitischen Auseinandersetzung, die die Geopolitiker als „Eurasisches Schachbrett“ bezeichnen. Die beste Lösung wäre eine konditionierte strategische Partnerschaft, die der Westen Russland anbieten kann. Nur so könnte ein neuer Raum gestaltet werden, der auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und transparenter Regeln für beide Seiten gelten.

Die in Deutschland lange Zeit verpönte geopolitische Sichtweise, die in der russischen Elite gegenwärtig sehr dominant in Erscheinung tritt, gewinnt in Deutschland und Polen immer mehr an Boden. Historisch betrachtet, gibt es mehrere Gründe.

- Die Sowjetunion befindet sich seit dem Zerfall 1991 in einer Übergangszeit, sodass die institutionelle Zugehörigkeit offen und somit die geopolitische Lage instabil erscheint. „Mit dem Beitritt vieler mittel-osteuropäischer Staaten zur NATO (ab 1999) und zur EU (ab 2004) begann sich diese diffuse Übergangsperiode ihrem Ende zu nähern, ohne dass klar war, wie schnell und mit welchem Ergebnis diese Übergangsphase zu Ende gehen könnte.“

- Es wird „ein bipolares geopolitisches Szenario immer deutlicher, indem nach Osten erweiterte westliche Institutionen wie die NATO und die EU ohne eine Pufferzone direkt auf Russland treffen. Dieses hat alle Überlegungen, selbst Teil der NATO oder der EU zu werden, zu den Akten gelegt, es wird ein eigenständiger Faktor in diesem Raum bleiben (möglicherweise gemeinsam mit Belarus und einigen kleinen Gebieten anderer Staaten dieses Raumes)“. Russland als ehemalige Supermacht des Kalten Krieges versucht, nach der „geopolitischen Katastrophe“ (Putin) zu einer innerpolitischen Stabilisierung zu streben. Bei der Umsetzung dieser Zielstellung stellt das autoritäre System jedoch ein Hindernis dar.

Zukunft der geopolitischen Frage

„Wie kann das Verhältnis zwischen dem erweiterten Westen und Russland ausgestaltet werden? Sicher gibt es keinen Streit um die Zielsetzung, diesen Raum per Kooperation und nicht per Konfrontation zu gestalten. Dabei geht es um vielfältige

politische, wirtschaftliche, soziale und national-ethnische Fragen. (...) Ein Szenario kann man allerdings meines Erachtens ausschließen: In der globalisierten Welt wird es allerdings einen neuen „Eisernen Vorhang“ nicht geben.“

Zur Stabilisierung der neuen geopolitischen Lage im östlichen Europa sind drei Szenarien denkbar: 1. Ein Kompromiss zwischen den Großmächten ist in Teilen der deutschen politischen Elite populär, wobei sich diese aus geopolitischer Motivation auf Russland fokussiert. „Stabilität im mittel- und osteuropäischen Raum soll durch eine möglichst enge Kooperation mit Russland erzielt werden. Interessen anderer mittel- und osteuropäischer Staaten (darunter auch Polens) werden meist nur durch dieses „russische Prisma“ wahrgenommen bzw. sogar als störend betrachtet. Der Raum erscheint so überwiegend als Objekt deutsch-russischer Großmachtspolitik (möglichst mit französischer Unterstützung). Diese Politik war typisch vor allem für die zweite Regierungszeit von Kanzler Schröder. Der jetzige Außenminister Steinmeier versucht, unter der Überschrift „Annäherung durch Verflechtung“ soviel wie möglich davon beizubehalten.“ 2. Einen Kompromiss zwischen der erweiterten EU/NATO und Russland über die Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen dem erweiterten Westen und Russland zu erreichen und damit Stabilität in Mittel- und Osteuropa langfristig zu sichern, hätte den Vorteil, dass alle betroffenen Staaten darin einbezogen wären. Besonders die Mechanismen der internen Abstimmung eines gemeinsamen Vorgehens der EU sind dazu geeignet. „Mir scheint, dass die Politik der gegenwärtigen Bundeskanzlerin in diese Richtung zielt.“ 3. Russland aus diesem Raum so weit wie möglich zu verdrängen, scheint durchaus in einigen ostmitteleuropäischen Staaten (und zeitweilig in den letzten Jahren auch in Polen) Konjunktur zu haben. „In Deutschland gibt es für solche Bestrebungen keine Tradition. Ein solches Vorgehen entspricht unter keinen denkbaren Umständen der deutschen Staatsraison. In Polen gab es während der Regierungszeit von Ministerpräsident Kaczyński Ansätze für eine solche Orientierung, die jetzige Regierung Tusk betreibt eher wieder eine kooperative Russlandpolitik.“

Zusammenarbeit auf einer neuen Grundlage

In den kommenden Jahren wird es die Aufgabe sein, durch neue Vereinbarungen der Zusammenarbeit eine neue Grundlage zu

geben. Diese von beiden Seiten angestrebte „Strategische Partnerschaft“ ist jedoch an eine Reihe von noch nicht geklärten Voraussetzungen gebunden:

- EU und NATO sollten gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen und eine gemeinsame Ostpolitik konsequent verfolgen.

- Russland müsste bereit sein, diesen Kompromiss einzugehen und seine Absichten, die EU zu spalten, aufzugeben.

- Das wirtschaftliche Interesse der EU-Staaten an Russland (z.B. Russland als Energielieferant) sollte nicht den allgemeinen politischen (z.B. Einhaltung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie) vorangestellt werden. ○

(Auszüge aus dem Vortrag von Prof. Dr. Jochen Franzke, Universität Potsdam und Herausgeber der deutsch-polnischen Zeitschrift *WeltTrends*)

Zivilgesellschaft in Polen

Von Stefan Garsztecki

Von Transformationsforschern wird mit Blick auf Mittel- und Osteuropa von einer Schwäche der Zivilgesellschaften gesprochen, obwohl zivilgesellschaftliche Ansätze wesentlich zum Wandel von 1989 beigetragen haben. Auch in den postkommunistischen Gesellschaften wird die Tradition der eigenen Zivilgesellschaft kaum gepflegt. Der Mythos der Solidarność erfuhr nach ihrem Sieg eine Devaluation. Warum ist das Ereignis, das Polen 1918 in die Unabhängigkeit führte, fast vergessen und warum deren Ideen gescheitert?

Die Aneignung westlicher Ideen und die Umstände des Systemwandels in Polen könnten zum Verschwinden der eigenen zivilgesellschaftlichen Traditionen beigetragen haben. Der Erfolg der Solidarność könnte ihr selbst zum Verhängnis geworden sein.

Ideen der polnischen Opposition vor 1989

„Die Programmklärung von PPN [Polskie Porozumienie Niepodległościowe - Polnischen Vereinigung für Unabhängigkeit] vom Mai 1976 betonte den Kampf um die Wiedererringung der gesellschaftlichen Freiheiten, die 1956 und 1970 erreicht worden seien, in der Folge aber wieder jeweils von der Staatsmacht Einschränkung erfahren hätten. Und zwar seien für die Wiedererlangung der Freiheit die Anstrengungen der Nation selber notwendig, keine Hilfe von außen. Nicht unähnlich den großen

Nationalaufständen des 18. und 19. Jahrhunderts fordert auch PPN die Einheit der Nation über alle trennenden politischen und gesellschaftlichen Unterschiede hinweg. In einleitenden Prinzipien zur Programmklärung von PPN stellt man sich in die demokratischen Traditionen von Polens Adelsrepublik seit dem 16. Jahrhundert und formuliert einige Prinzipien und Ziele. Zu diesen gehören das Recht auf nationale Selbstbestimmung, die Gleichheit der Bürger vor dem Recht, die Ablehnung der Diskriminierung der katholischen Mehrheit der Bevölkerung, die ständige Vergrößerung der Bürgerfreiheiten und die Zugehörigkeit zur westlichen Zivilisation. Die Ziele von PPN leiten sich daraus ab und lassen sich auf die Wiedergewinnung einer wirklichen Souveränität, die Einführung einer Mehrparteiendemokratie in Polen, die Garantie von Menschen- und Bürgerrechte sowie die Öffnung zur Welt zusammenfassen. (...) Im Bereich der Außenpolitik wird die Unabhängigkeit von der Sowjetunion betont und auch die Jahrhunderte lange Gemeinschaft mit Litauern, Weißrussen und Ukrainern hervorgehoben.“ KOR [Komitet Obrony Robotników - Komitee zur Verteidigung der Arbeiter] setzte sich für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, das freie Vereinigungsrecht und somit für die Gründung freier Gewerkschaften ein. „Anders als PPN, die auf eine geheime Tätigkeit ausgerichtet war, strebten KOR und auch seine organisatorische Fortentwicklung KSS-KOR [Komitet Samoobrony Społecznej-Komitet Obrony Robotników - Komitee der gesellschaftlichen Selbstverteidigung - Komitee zur Verteidigung der Arbeiter] nach Öffentlichkeit.“

Bereits vor dem August 1980 bestanden Elemente einer Bürgergesellschaft, d.h. Vereinigungen, Organisationen und Menschen, die sich gegen staatliche Übergriffe wehrten und sich für gesellschaftlichen Freiraum einsetzten. Die Gründung der Solidarność ist aus Sicht der Organisationen eine Fortsetzung, aus Sicht der Gesellschaft wird sie als Durchbruch zu einer unabhängigen Bürgergesellschaft gesehen, die in der Gewerkschaft Solidarność eine freie Interessenvertretung erhielt.

Zur Vorgeschichte der Solidarność gehört die Gründung freier Gewerkschaften in Danzig und Kattowitz 1978. In der Begründung für diesen Schritt hieß es, dass in der Staatswirtschaft der Arbeitgeber zu stark sei, was ein Ungleichgewicht zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Folge hatte. „Den ideologischen Ansprüchen, als Volksdemokratie besonders die Rechte der Arbeiter zu vertreten, wird hier eine klare Absage erteilt. Indem sich die Gründungs-

mitglieder dieser Initiative auf die Konvention Nr. 87 der Internationalen Organisation für Arbeit beriefen, forderten sie das Recht auf unabhängige Vertretungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, frei von staatlicher Einmischung, wobei sie zugleich klarstellten, dass sie keine politischen Ziele hegten und auch nicht die Machtübernahme im Lande planten.“

Es gab noch zahlreiche andere unabhängige Gruppierungen und Vereinigungen, die Ende der Siebziger Jahre nicht nur die Einhaltung der Bürgerrechte forderten, sondern auch für eine neue Gesellschaftsordnung und für ein Anknüpfen an eigene politische Traditionen kämpfte.

In den Handlungsrichtlinien werden die Traditionen der Nation, die Herausforderungen der Demokratie und der sozialistische Sozialgedanke sowie die christliche Ethik benannt und damit die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit verteidigt.

Bei der Mehrheit der Gruppierungen bestand trotz der programmatischen Unterschiede Einigkeit darüber, dass sich das System in Richtung einer Demokratie entwickeln sollte, hinsichtlich der einzusetzenden Mittel bestand keine Übereinstimmung.

Aspekte und Auswirkungen des Wandels von 1989

Obwohl die Zivilgesellschaft durch die Schaffung neuer institutioneller Rahmen nach 1989 eine enorme Stärkung erfuhr, wurde sie durch eine Abwanderung einiger Führungseliten wiederum geschwächt, da einige Vertreter nun in die Politik wechselten. Das hatte zur Folge, dass sich bei Teilen der Bevölkerung ein Misstrauen gegen den Staat zeigte. Korruptionsaffären, negative Transformationserfahrungen und enttäuschte Erwartungen bestätigten nur noch die neue Sichtweise. Schließlich erlebte die polnische Gesellschaft gleich eine dreifache Entzauberung im Vergleich zur Vorwendezeit:

- Der Zerfall des Solidarność-Lagers 1990 stellte einen Bruch des ethischen Codes der Vorwendezeit dar. Es fand eine gewisse Säkularisierung statt, da nun die Moral durch das politische Kalkül ersetzt wurde.

- Nach 1989 offenbarten sich sehr schnell enorme ökonomische Unterschiede und das Ausmaß dieses Phänomens stellte für viele einen Schock dar.

- Im Kontext der von Leszek Balcerowicz initiierten Reformen kam es noch zu einer dritten Entzauberung, und zwar zum Verdrängen der ökonomischen Ideen und Konzepte der Vorwendezeit. Bereits vor 1989 hatten sich Vertreter von Solidarność von den Vorstellungen der Arbeiterselbstver-

waltung in der Wirtschaft verabschiedet und nach 1989 wurde die Idee einer sich selbst verwaltenden Republik ohne große Proteste von Seiten der Arbeiter sehr schnell beerdigt. Stattdessen begann nun im Rahmen der Privatisierung der Kampf um die genaue Ausführung eines Volkskapitalismus. Auch die Solidarność sprach sich in diesem Zusammenhang für eine breite Privatisierung aus, für eine Gewerkschaft wohl ein einmaliger Vorgang.

Das Erbe der Solidarność

Heutige Umfragen bestätigen die weitestgehende Akzeptanz der Transformation und die Zufriedenheit. Dennoch werden die Solidarność und der Runde Tisch heute eher als Niederlage gesehen.

„Es muss damit abschließend festgehalten werden, dass beide große Ideen der Solidarność und damit der polnischen Zivilgesellschaft nach 1989 nicht umgesetzt wurden. Gab es dazu jedoch Alternativen? Die Ausdifferenzierung des Solidarność-Lagers erfolgte nicht erst 1989/90, sondern nahm bereits in den Achtziger Jahren Gestalt an, sodass es zur Auflösung der Ethikgemeinschaft auf dem direkten Feld der Politik wohl keine Alternative gab. Dies gilt zweifellos nicht für die „wilde“ Privatisierung und ihre Begleiterscheinungen, für Klientelismus, Korruption und Verfall der Staatsautoritäten in den letzten Jahren. Eine konsequentere Umsetzung des zweiten Prinzips, der sich selbst verwaltenden Republik, mit stärkerer Bürgerbeteiligung bei Privatisierungsprozessen, Verwaltungsreformen oder Aufarbeitung der Vergangenheit - alles Dinge, die im Bereich des Möglichen gelegen haben - hätte womöglich auch die Enttäuschungen über den Verlust der Ethikgemeinschaft gemildert. Paradox ist, dass heute auch in westlichen Demokratien über normative Grundlagen von Demokratie und über deliberative Prozesse als Ausweg aus der Legitimationskrise liberaler Demokratien diskutiert wird. Wäre Polen stärker seinen eigenen Traditionen treu geblieben, würde es heute womöglich nicht diesen Prozessen hinterherlaufen, sondern sie mit prägen. Der Blick auf die Entwicklung der polnischen Zivilgesellschaft hat m.E. aber auch erste positive Veränderungen in den letzten Jahren gezeigt, sodass ich verhalten optimistisch schließen möchte.“

(Auszüge aus dem Vortrag von Dr. Stefan Garsztecki, Universität Bremen)

Die Vorträge wurden auf der Tagung „Polen an der Schwelle zur Fünften Republik?“ der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. am 12. April 2008 in Berlin gehalten

Brücken über die Görlitzer Neiße

Von Wolfhard Besser

Brücken spielen in Städten, durch die ein Fluss fließt, eine wichtige Rolle; verbinden sie doch zwei oder mehrere Stadtteile. Noch wichtiger können Brücken sein, wenn sie zwei Städte verbinden. Beispiele gibt es einige in Deutschland. Brücken sind allerdings unerlässlich, wenn die Orte an einem Grenzfluss liegen wie an Oder und Neiße. Görlitz und Zgorzelec sind so ein Beispiel. In der über 900-jährigen Geschichte der einst mittelalterlichen Stadt spielten sie immer eine unentbehrliche Rolle bei der Überquerung des Flusses für die Ost-West-Handelsstraße Via Regia, der Königsweg bzw. die Reichsstraße, die vom Rheinland über Erfurt, Leipzig, Görlitz bis nach Breslau führte. In der Zeit der Technikentwicklung war der Bau neuer Brücken über die Neiße notwendig, um den Zugverkehr in dieser Region zu fördern. So überspannten nach 1900 sieben Brücken die Neiße, die allesamt dem faschistischen Wahn zum Opfer fielen und im Ergebnis des II. Weltkrieges den Fluss zur Grenze machte, Görlitz zerfiel in einen deutschen und einen polnischen Teil.

Nach und nach wurden in den vergangenen 60 Jahren drei Brücken von deutscher und polnischer Seite wieder errichtet; die jüngste 2005. Diese drei Brücken bilden das Band der deutsch-polnischen Zusammenarbeit über die Neiße hinweg. Durch den Wegfall der Grenzkontrollen zu Jahresbeginn ist es nun noch einfacher.

Eine sporadische Zusammenarbeit der beiden Städte, Görlitz mit seinen gegenwärtig 57 000 und Zgorzelec mit ca. 40 000 Einwohnern, gab es schon seit den 70er Jahren. Deren Intensität hat allerdings nach der Wende zugenommen. Sie gibt es zwischen den Stadtverwaltungen, Kultureinrichtungen, Sportgemeinschaften, im wirtschaftlichen Bereich sowie mit Jugendklubs und Schulen. Auch in der Regierungszeit der Brüder Kaczyński, als die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland auf einen Tiefpunkt gesunken waren, ging das Zusammenwirken rechts und links von Neiße und Oder in kommunalpolitischen Dingen fast normal weiter. Zwar gäbe es hin und wieder Irritationen auf beiden Seiten, wie kürzlich der Görlitzer Kulturbürgermeister Ulf Großmann in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung sagte, weil gerade in der Kommunalpolitik beider Länder unterschiedliche Auffassungen und Möglichkeiten bestehen. Wenn Bürgermeister bzw. Ratsmitglieder wechseln, muss manchmal das von ihren Vorgängern aufgebaute Vertrauen zueinander wieder neu aufgebaut werden. Ein Verbindungsglied besteht seit 13 Jahren zwischen der Europastadt Görlitz und Zgorzelec in einer Koordinierungskommission. In den verschiedenen Bereichen der Verwaltungen wird mit den polnischen Kollegen zusammengearbeitet, wobei es auch Schwierigkeiten zu meistern gilt, die sich z. B. in

finanzieller Hinsicht ergeben, weil die Spielräume der polnischen Kommunen viel enger seien als hierzulande, erläuterte der Görlitzer Kulturbürgermeister im Zeitungsinterview. Es gibt Arbeitsgruppen beiderseits der Neiße, die sich bestimmten Aufgaben widmen, wie das Jugendbüro „Wir-My“ oder der Verein „My dla Zgorzelca“. In der Zeit der Bewerbung beider Städte als „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ planten sie viele interessante gemeinsame Projekte, die bis zu diesem Zeitpunkt realisiert werden sollten. Nachdem die Stadt Essen den Zuschlag für die Kulturhauptstadt erhielt, sind alle diese Vorhaben erst einmal abgeblasen. Aber sie sollen nicht auf Eis gelegt werden. Deshalb strebt Görlitz eine enge Abstimmung mit der Nachbarstadt an, um die bereits geplante gemeinsame Stadtentwicklung der Europastadt Görlitz-Zgorzelec voranzutreiben. Jenseits der Neiße soll ein Sportzentrum für 5000 Gäste entstehen; sicherlich auch mit viel Geld aus Brüssel. Dieses Vorhaben tangiert Görlitz, das ihre gesperrte marode Stadthalle, direkt am Grenzübergang gelegen, instand setzen will. Aber wäre das sinnvoll beim Neubau einer ähnlichen Einrichtung, nur wenige hundert Meter weiter entfernt, in der auch kulturelle Großveranstaltungen stattfinden sollen? Nachdem Görlitz ein Modellprojekt „Stadt 2030“ entwickelt hat, das z. B. auch die Verkehrsströme untersucht und beide Städte als Einheit sieht, sind jetzt die polnischen Kollegen daran gegangen, ein Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten.

In den kleinen Dingen des Alltags gibt es bereits seit Langem ein abgestimmtes Handeln. Gab es kürzlich z. B. zwischen den ähnlich strukturierten Städten Frankfurt/Oder und S³ubice Streit darüber, ob man

einen gemeinsamen Nahverkehr zwischen den beiden Orten einrichten sollte, fährt zwischen Görlitz und Zgorzelec an den Werktagen eine ständige Buslinie im 30-Minuten-Takt. Und das schon seit fast zehn Jahren. Ein ständiges Zusammenspiel gibt es auch auf kulturellem und sportlichem Gebiet. Im Laufe der Zeit hat sich eine Vielzahl von gemeinsamen Unternehmungen entwickelt. Gerade ist die erste größere Veranstaltung vorüber: Der Europa-Marathon 2008 Görlitz-Zgorzelec, ein Lauf durch zwei Länder. Mitte Juni veranstaltete Görlitz das „3. Schlesische Heimatfest“, an dem auch Gruppen und Solisten aus der Wojewodschaft Dolny Œ'sk beteiligt waren, und zudem sich die ca. 100 km entfernte Stadt Legnica (Liegnitz) präsentierte. Gegenwärtig werden letzte Vorbereitungen für das internationale „Fete de la Musique“ getroffen - ein Fest der Musik auf den Straßen und Plätzen der Europastadt, gestaltet vom Musiktheater Oberlausitz Görlitz in Kooperation mit dem Dom Kultury Zgorzelec. In diesem Jahr beteiligen sich 35 Gruppen aus vielen Ländern; fünf kommen aus dem Nachbarland Polen. Wobei hier vor allem die persönlichen privaten Kontakte ausschlaggebend für die aktive Teilnahme polnischer Musiker sind, denn es ist offensichtlich etwas problematisch, einfach so ohne Honorar auf der Straße zu spielen. Straßentheater gibt es vom 31. Juli bis 3. August in der Europastadt sowie auch in Jelenia Góra (Hirschberg) und Zawidów (Seidenberg). Zum 14. Male spielen und tanzen internationale Künstler und Gruppen auf den Straßen und Plätzen dieser Städte, führen Spielszenen auf, auch im Zusammenwirken mit Jelenia Góra, der Stadt im Hirschberger Tal. Weitere gemeinsame Feste stehen im Spätsommer an. Das Altstadtfest 2008, das auf der polnischen Seite unter dem Motto „Jakuby Zgorzelec 2008“ läuft (vom Fest 2007 berichtete POLEN und wir im Heft 1/2008). Im September laden beide Städte zum Entdeckungstag am „Tag des offenen Denkmals“ ein, an dem viele historische Gebäude diesseits und jenseits der Neiße besichtigt werden können. Und eine Woche später präsentieren sich sechs Görlitzer und zwei Zgorzelecer Museen zur „Langen Nacht“. Eine Besonderheit bietet das Görlitzer Theater seit einiger Zeit. Mehrmals monatlich stehen Opern und Schauspiele auf dem Programm, deren Dialoge die für Besucher aus der Nachbarstadt in polnischer Sprache auf einem Schriftband über der Bühne erscheinen. Ein Angebot, das gern angenommen wird.

Fortsetzung S. 26

Betr.: Artikel „Polen und die Stadt Darmstadt“ von Udo Kühn, *POLEN und wir* 2/2008, S. 25-27

Im Abschnitt "Politische Schritte einer Annäherung" (S.26) wird als bahnbrechend für eine Annäherung zwischen Deutschland und Polen das Memorandum des Bensberger Kreises von 1968 angeführt, das für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintrat. Über die Rolle der Evange-

Einige kritische Gedanken zu Herrn Leidingers Artikel „Ein sichtbares Zeichen“ in *POLEN und wir* 2/2008, S. 11

Wenn die Vertreibung als Voraussetzung für die Rückkehr des Rechts in eine Welt des Unrechts angesehen wird, stellt sich die Frage, welches Rechtsverständnis einer derartigen Behauptung zugrunde liegt. Schließlich haben die Alliierten damals eindeutig einen gegen das Völkerrecht verstoßenden Beschluss gefasst, - denn der Beschluss, eine ganze Bevölkerung zu vertreiben, ist unbestreitbar ein solcher Verstoß. Daran ändert auch nichts, dass Polen eine so große Anzahl Deutscher in seinem Staatsgebiet nicht verkraftet hätte. Insofern ist für mich nicht nachvollziehbar, inwiefern durch die Vertreibung das Recht in eine Welt des Unrechts zurückgekehrt sein soll. Sind Verstöße der Alliierten gegen das Völkerrecht als die Rückkehr des Rechts anzusehen, weil sie die Sieger waren? Oder sind diese Verstöße keine Verstöße mehr, wenn man sie mit den unsäglichen Gräueltaten ihrer besiegten Gegner vergleicht? Oder ging es in Jalta und Potsdam möglicherweise um nichts anderes als den altrömischen Grundsatz „Wehe den Besiegten“? Solche Fragen müsste man eigentlich stellen dürfen, ohne damit angeblich Polen

lischen Kirche heißt es lapidar: Ähnlich engagierten sich auch Teile der Evangelischen Kirche in Deutschland schon früh für eine Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Diese Darstellung wird dem historischen Sachverhalt nicht gerecht. Denn schon 1965 erschien die Denkschrift der EKD: „**Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn**“, herausgegeben von der Kammer für öffentliche Verantwortung. In diesem offiziellen Dokument der Evangelischen Kirche wurde zum

automatisch die Existenzberechtigung abzusprechen.

Weitaus mehr würde mir die Argumentation einleuchten, dass derjenige, der im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen sollte, d.h., dass die Deutschen nach all den Verbrechen, die in der Zeit der Hitler-Diktatur im Namen Deutschlands an anderen Völkern und besonders an den Polen verübt worden sind, am allerwenigsten Anlass haben, eine fehlende völkerrechtliche Legitimation der damaligen alliierten Beschlüsse zu beklagen. Doch diese Argumentation wird, wenn ich richtig verstanden habe, ausdrücklich abgelehnt zugunsten der Behauptung einer Legitimität der damaligen, immerhin völkerrechtswidrigen Vertreibungsbeschlüsse.

Vor 43 Jahren, im Jahr 1965, hat die Denkschrift der Evangelischen Kirche „**Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn**“ den ganzen mit dem deutsch-polnischen Verhältnis zusammenhängenden Fragenkomplex äußerst gründlich analysiert und die deutsche Schuld, die zum Verlust der Ostgebiete geführt hat, weder beschönigt noch verschwiegen. Zwei Passagen daraus erlaube ich mir, hier wörtlich zu zitieren, denn schon damals war klar, dass ein wie immer begründeter Rechtsstandpunkt zu keiner Lösung der Probleme führt:

Es ergibt sich, „Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig: Recht steht

ersten Mal unmissverständlich ausgesprochen, dass an der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze kein Weg vorbeiführen würde. Es waren also nicht "Teile der Evangelischen Kirche", sondern die Evangelische Kirche hat sich als Ganzes für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und eine Verständigung mit Polen ausgesprochen, und das drei Jahre vor dem Bensberger Kreis. Der Bensberger Kreis bezieht sich im Vorwort zu seinem Memorandum sogar ausdrücklich auf diese Denkschrift.

Wolfgang Stihler, 76467 Bietigheim

gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht. In solcher Lage wird das Beharren auf gegensätzliche Rechtsbehauptungen (...) unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen beiden Völkern. Auf dieser Ebene ist der Konflikt nicht zu lösen. Daher gilt es, einen Ausgleich zu suchen, der eine neue Ordnung zwischen Deutschen und Polen herstellt. Damit wird nicht gerechtfertigt, was in der Vergangenheit geschehen ist, aber das friedliche Zusammenleben beider Völker für die Zukunft ermöglicht“ (Amtsblatt der EKD, Hannover 1965, S.29-30).

Und als Abschluss der Denkschrift: „Das setzt gewiss voraus, dass auch bei diesen Völkern der Wille zur Versöhnung besteht oder geweckt werden kann. Sie müssen sich also die kritische Frage gefallen lassen, ob sie in ihrer so oft zur Schau getragenen Selbstgerechtigkeit gegenüber Deutschland verharren wollen. Aber das Gespräch darüber kann erst in Gang kommen, wenn das deutsche Volk zu erkennen gegeben hat, dass es seinerseits der Versuchung widerstehen will, sich in Selbstgerechtigkeit zu verhärten“ (ebenda S.44).

Ich wüsste nicht, wie man die Sachlage heute besser und zutreffender beschreiben könnte, und diese Aussagen waren es auch, die mein jahrzehntelanges Engagement für deutsch-polnische Aussöhnung und Verständigung begründet haben.

Wolfgang Stihler, 76467 Bietigheim,

Fortsetzung von S. 25

Ein anderes Projekt widmet sich Schulkindern aus der Region Zgorzelec. Schon das vierte Jahr können sie das Naturkundemuseum von Görlitz kostenlos besuchen. Dieses Jahr werden ca. 600 polnische Kinder erwartet; 2700 haben die einmaligen Ausstellungstücke schon gesehen und viel Interessantes über Fauna und Flora Niederschlesiens und der Oberlausitz erfahren. Auch im Sport sind enge Kontakte entstanden zwischen verschiedenen Clubs und Sportvereinigungen. Der schon erwähnte

Marathonlauf ist ein Beispiel. Jüngst veranstalteten die Görlitzer Basketballer eine gemeinsame Aktion mit Teams aus der Nachbarstadt und aus dem 20 km südlich gelegenen Energiezentrum Turów.

Der Beispiele ließen sich noch einige nennen. Bei all diesen Unternehmungen spielen die Brücken zwischen den beiden Städten die entscheidende Rolle; ohne sie käme man nicht zueinander. So kann behauptet werden, dass die deutsch-polnische Doppelstadt mit ihrer Zusammenarbeit modellhaft europäisches Zusammenwachsen vor-

lebt. So ehrt sie seit 1993 Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die europäische Verständigung verdient gemacht haben mit dem „Internationalen Brückpreis der Europastadt Görlitz/Zgorzelec“. Im vergangenen Jahr erhielt den Preis der estnische Komponist Arvo Pärt; zuvor u. a. Marion Gräfin Dönhoff (1993), Adam Michnik (1997) und Prof. Dr. W³adis³aw Bartoszewski (2002). Wer es 2008 sein wird ist noch nicht bekannt. Fest steht aber: Über die Neiße werden weiterhin menschliche Brücken gebaut. ○

Die Ähnlichkeit zwischen Polen und Deutschen

Zwei Bücher unter die Lupe genommen

Von Karl Forster

Polen ist auf dem deutschen Buchmarkt absolut „in“. Nach der Reiseführerschwemme, die manch beachtliche, einige nützliche aber auch viele unterdurchschnittliche Bücher hervorgebracht hat, geht es längst darum, „den Nachbarn zu verstehen“. Zumindest zeigt das umfangreiche Angebot, dass es offensichtlich mit dem Abbau der Vorurteile noch immer nicht sehr weit ist.

Wohl eine Mischung aus Information und Unterhaltung sollen „Viva Polonia - Als deutscher Gastarbeiter in Polen“ von Steffen Möller und das „Alphabet der polnischen Wunder“, herausgegeben von Stefanie Peter sein. Letzteres, Ende vergangenen Jahres im Suhrkamp Verlag erschienen, versucht fast lexikonmäßig zu erläutern, was von Abtreibung und Adel bis Zensur und Zwillinge (ja, DIE sind gemeint) zum Verständnis Polens beitragen kann. Die Beiträge sind in der Regel sachlich, geben aber all das wieder, was wir in den letzten Jahren in deutschen Zeitungen lesen konnten. Wirklich Aufregendes gibt es nicht zu entdecken, nicht einmal besonders Unterhaltendes oder wenigstens Neues. Neu ist dagegen, dass die Herausgeberin selbst in ihrem Vorwort schreibt, dass man die alphabetische Sortierung genommen hat, um nicht in Versuchung zu kommen, Wichtiges über Unwichtiges zu stellen. So soll der Leser selbst auswählen, was davon wirklich brauchbar ist. Das ist allerdings demjenigen, der Polen nicht kennt, kaum möglich. Der Andere aber, hat dieses Buch nicht nötig. Dennoch: In Bibliotheken von Jugendbegegnungstätten beispielsweise kann das Buch anregen, mal etwas über Polen zu lesen. Aber es bleibt eine vergebene Chance. Auf den über 300 Seiten hätte man viel Spannendes über Polen darstellen können.

Scheinbar den gleichen Weg ging der Lehrer, Schauspieler und Kabarettist Steffen Möller in seinem Buch „Viva Polonia“. Alphabetisch sortiert erzählt er kleine mehr oder weniger humorvolle Geschichten, die helfen sollen, das Land und seine Menschen besser zu verstehen. Ein absolut berechtigtes und verständliches Anliegen. Doch im Stile seines ersten Berufes bleibend, müsste die Benotung lauten: „Er war bemüht...“.

Möller beschreibt einen Deutschen, der in Polen lebend sich zurechtfinden muss. Solche „Gastarbeiter in Polen“ (Untertitel des

Buches) gibt es aber schon viele. Es gab sie auch schon vor Möller. Als Deutschlehrer an einem Warschauer Lyzeum und anschließend Sprachlektor an der Warschauer Uni wurde er für eine Fernseh-Soap entdeckt. Er spielte darin: den Deutschen. Aber so wie GZSZ (Gute Zeiten, Schlechte Zeiten) oder „Verbotene Liebe“ in Deutschland wurde „M jak Mi³oœæ“ (L wie Liebe) vor allem bei jungen Leuten in Polen populär und damit der Anti-Held Stefan Müller - so heißt er in der Serie - bekannt. Angeblich sei Möller nun - so der Buchverlag - der zweitbekannteste Deutsche nach dem Papst. Der nächste Schritt Möllers war es nun, mit einem eigenen Kabarettprogramm aufzutreten. Er will damit Vorurteile der Polen gegenüber den Deutschen und umgekehrt aufbrechen. Und das scheint umso leichter, als das Niveau der Kenntnisse über das andere Land in Polen unter jungen Menschen inzwischen bald ebenso gering ist, wie das in Deutschland. Da lässt sich, mit etwas Humor verpackt, schon manches vermitteln.

In seinem Buch „Viva Polonia“ versucht Möller nun zu erläutern, was passieren kann, wenn man aufgrund der schwierigen polnischen Grammatik peinliche Verwechslungen produziert. So weit, so unterhaltsam. Und tatsächlich gelingt es mit einiger Mühe, auch eine Reihe problemloser und unterhaltsamer Texte in dem Buch zu finden (wie ich es für eine Lesung bei einer Veranstaltung in Berlin gemacht habe). Viele Texte sind dazu aber meines Erachtens nicht oder nur eingeschränkt geeignet. Da sind zum einen die zahlreichen Klischees, die er angeblich zerstören will, tatsächlich aber weiterverbreitet. So haben alle Polen unter dem Kommunismus gelitten (nicht unter Krieg und Naziregime), und natürlich hat er auch Zeugen gefunden, die ihm bestätigen, dass unter den Sowjets im Krieg alles viel schlimmer war als bei den Deutschen. Anderen Texten

merkt man seine Bemühtheit zur Verbesserung der Beziehungen an, zugleich aber auch die Tatsache, dass er wenig Hintergrundwissen hat. Geschichtliche und politische Zusammenhänge erschließen sich Möller offensichtlich nur soweit, wie sie täglich in der Zeitung zu finden sind. „Jetzt haben wir Freundschaft und die wollen wir jetzt mal leben“, scheint sein Motto zu sein. Und da wird auch jede Nachwendeposition anstandslos und ungeprüft nachgebetet.

Problematischer noch scheint aber eine Mischung aus Unwissenheit und Oberflächlichkeit zu sein. Auch als Kabarettist sollte man aufdecken und nicht durch Vereinfachung vernebeln. So will Möller in einem Text deutsch-polnische Gemeinsamkeiten entdecken und behauptet: „Beide Staaten haben jeweils drei staatliche Fernsehprogramme, zwei überregionale und ein regionales.“ Dabei haben wir gerade unter der Kaczyński-Regierung in Polen gesehen, was ein „staatliches Fernsehen“ ausmacht: Alle wesentlichen Positionen werden nicht nur umgehend mit Parteifreunden besetzt, sondern es wird dafür gesorgt, dass die politische Linie der Regierung bis in die unteren Ebenen durchdringt. Bei aller Kritik an dem immer noch zu starken Parteieneinfluss auch im öffentlich-rechtlichen System würde dieses Vorgehen in Deutschland zu einem Aufschrei führen. Schade an dem Buch ist aber die Anzahl seiner Beiträge mit Belanglosigkeiten. Auf die Hälfte gekürzt, hätte man ein nettes Büchlein zur Unterhaltung oder Aufregung.

Doch halt, ich kritisiere das Buch aus der Sicht eines Menschen, der sich viele Jahre mit Polen befasst hat, Hintergründe kennt. Eine polnische Freundin sagte mir neulich, Möller habe bei den einfachen Menschen, ohne große Kenntnisse der Deutschen, etliches für den Abbau von Vorurteilen getan. Das gleiche, das muss man konstatieren, kann das Buch vielleicht bei der Masse der Deutschen, die nichts über Polen wissen, erreichen. ○

Alphabet der polnischen Wunder. Ein Wörterbuch von Stefanie Peter (Herausgeber), Maciej Sienczyk (Illustrator), Gebundene Ausgabe: 328 Seiten, Verlag: Suhrkamp 2007, Preis: EUR 24,80

Viva Polonia. Als deutscher Gastarbeiter in Polen von Steffen Möller, Broschiert: 368 Seiten, Verlag: Scherz 2008, Preis: EUR 14,90

Sie können bei Interesse diese und andere Bücher über die Website unserer Zeitschrift, www.polen-news.de unter dem Amazon-Link direkt bestellen.

Verlag Deutsch-Polnische Gesellschaft
der Bundesrepublik Deutschland e.V
C/o Manfred Feustel
Im Freihof 3, 46569 Hünxe

Bilder vom Tagungswochenende der DPG-BRD „Polen an der Schwelle zur Fünften Republik?“



Studentinnen aus Rzeszów - Foto: André Osbahr



Bürgermeisterin Frau Pole und Kulturringvorstand
Herr Lewerenz - Foto: André Osbahr



Prof. Dr. Dieter Bingen - Foto: Karl Forster



Prof. Dr. Andrzej Sakson - Foto: Karl Forster



Dr. Stefan Garsztecki und Prof. Dr. Jochen Franzke
Foto: Karl Forster



Prof. Dr. Koch, Prof. Dr. Bingen und
Prof. Dr. Andrzej Sakson - Foto: Karl Forster